

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Historischer Verein des Kantons St. Gallen
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons St. Gallen
Band: 154 (2014)

Artikel: "Der Krieg ist also jetzt wirklich da": die Stadt St. Gallen im Sommer 1914 : der Beginn des Ersten Weltkrieges im regionalen Kontext
Autor: Lemmenmeier, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-946177>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«DER KRIEG IST ALSO JETZT WIRKLICH DA»: DIE STADT ST. GALLEN IM SOMMER 1914

DER BEGINN DES ERSTEN WELTKRIEGES IM REGIONALEN KONTEXT

Max Lemmenmeier, St. Gallen

Im Sommer 1914 kulminierten die imperialistischen Interessenkonflikte, die sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts drastisch verschärft hatten, im Beginn des Ersten Weltkrieges. Mit den Schüssen von Sarajewo und dem daraus hervorgehenden europäischen Krieg wurde eine globale Epochewende eingeleitet, die das gesamte 20. Jahrhundert prägen sollte.

Den Beginn dieser Epochewende, dieser «Urkatastrophe» des Jahrhunderts, erlebten die Zeitgenossen in ganz unterschiedlicher Weise, je nach nationalen oder regionalen Gegebenheiten.¹ Den besonderen kommunalen Erfahrungen wollen wir am Beispiel der Stadt St. Gallen und ihrer Umgebung nachspüren. Was bewegte die Menschen in der ostschweizerischen Stickereimetropole in jenen Juli- und Augusttagen? Wie beurteilten die verschiedenen Bevölkerungskreise den Kriegsbeginn und wie gestalteten sich die Sympathien für die Kriegsparteien? Wie griffen die politischen und militärischen Ereignisse in den Alltag der Stadt ein? Wie verorteten die Zeitgenossen die Ereig-

nisse in einer langfristigen Perspektive und welche neuen regionalen Entwicklungen kamen in Gang?

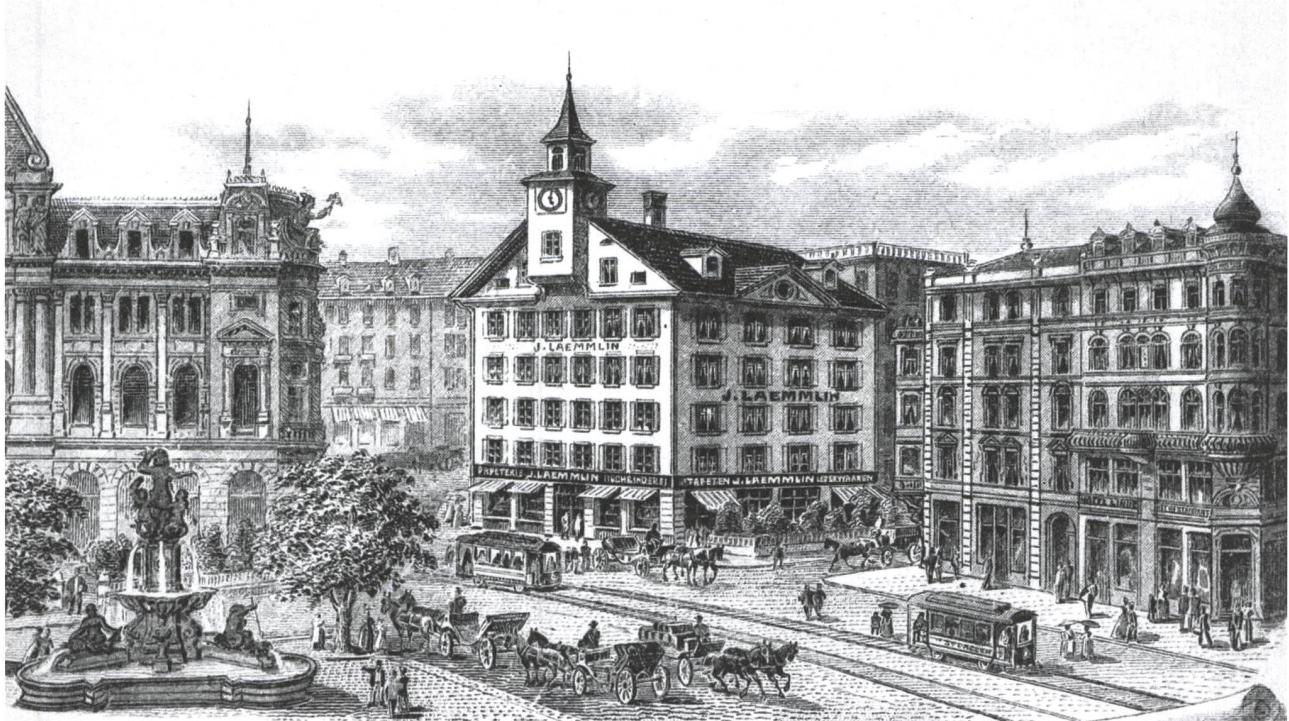
Zeitlich beschränken wir die Untersuchung auf die Monate Juni bis September 1914. Wir beginnen mit der Ermordung des Fürstenpaares in Sarajewo und schliessen mit der Schlacht an der Marne, welche den Wechsel vom schnellen Bewegungskrieg zum erstarrten Stellungs- und Erschöpfungskrieg einleitete. Methodisch stützen wir uns wesentlich auf die Zeitungen, welche die verschiedenen politischen Richtungen repräsentieren. Die Angaben in den Medien, die das aktuelle Geschehen repräsentieren, ergänzen wir durch Aussagen zeitgenössischer Beobachter und durch amtliche Erlasse von Stadt und Kanton.²

Ausgangspunkt der Arbeit bildet eine kurze Charakterisierung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Stadt St. Gallen und ihrer Umgebung am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Auf dieser Grundlage verfolgen wir die durch den Kriegsbeginn ausgelösten Reaktionen in der Bevölkerung und die institutionellen Veränderungen in der Gemeinde.

St. Gallen – «Zentralpunkt des ganzen Stickereigebietes»

- 1 Der Begriff «Urkatastrophe» stammt vom amerikanischen Diplomaten und Historiker George F. Kennan (1979).
- 2 Eine eingehende Diskursanalyse zur Wahrnehmung des Kriegsausbruchs in der St. Gallischen Öffentlichkeit existiert bereits: Gentil, Etienne: «Gewaltiges Ringen allüberall!» Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges in der Wahrnehmung und Deutung der St. Galler Öffentlichkeit, Lizziatatsarbeit Universität Zürich 2002.
- 3 Ehrenzeller, Ernst: Geschichte der Stadt Gallen, St. Gallen 1988, S. 403, 465; Verkehrsverein für St. Gallen und Umgebung (Hg.): Illustrierter Führer durch St. Gallen, St. Gallen 1911, S. 5.
- 4 Verkehrsverein (wie Anm. 3), S. 6.
- 5 Verkehrsverein (wie Anm. 3), S. 5–7; Röllin, Peter: Stadtveränderung und Stadterlebnis im 19. Jahrhundert, St. Gallen 1981, S. 387–390.
- 6 Stickerei-Zeit. Kultur und Kunst in St. Gallen 1870–1930. Ausstellungsbuch des Kunstmuseums St. Gallen zur Ausstellung vom 1. April bis 6. August 1989, hg. v. Peter Röllin u. a., St. Gallen 1989, S. 110–133; Thürer, Georg: St. Galler Geschichte. Kultur, Staatsleben und Wirtschaft in Kanton und Stadt St. Gallen von der Urzeit bis zur Gegenwart, Bd. 2: Aufklärung bis Gegenwart, St. Gallen 1972, S. 474.

1910 zählte die Bevölkerung St. Gallens und seiner beiden Aussengemeinden Straubenzell und Tablat – damals weitgehend zu einem Siedlungsgebiet zusammengewachsen – rund 75 500 Personen.³ Als «Zentralpunkt des ganzen Stickereigebietes» verkehrte St. Gallen gemäss Aussagen im Illustrierten Stadtführer «mit der ganzen Welt».⁴ Das rasche industrielle Wachstum – die Stickerei war 1910 mit einem Anteil von rund einem Sechstel an den Gesamtexporten die wichtigste schweizerische Exportindustrie – löste eine intensive Bautätigkeit aus. «Der sonnige Rosenberg» hatte sich «zu einem ausgedehnten Villenquartier» entwickelt.⁵ Zugleich entstanden imposante öffentliche Bauten, so das Volksbad (1906), das Hadwigschulhaus (1905–1906), die Tonhalle (1906–1909), die Stadtbibliothek Vadiana (1907), die Handelshochschule (1911), das neue Postgebäude (1911–1915), das Bahnhofsgebäude I (1911–1914) und nicht zuletzt der Broderbrunnen (1898), damals noch als «Monumentalbrunnen» bezeichnet.⁶



St. Gallen als ostschweizerisches Stickereizentrum: Börsenplatz um 1900 mit Monumentalbrunnen. Quelle: Kantonsbibliothek Vadiana St. Gallen, Sammlung Zumbühl.

Wirtschaftlich profitierte die Stadt als ostschweizerisches Stickereizentrum nach 1895 von der Umstellung von den Handmaschinen auf die Schifflistickerei mit Motorenantrieb, was eine Steigerung der Produktion um das Fünffache ermöglichte. Die Ostschweizer Exporteure eroberten auf dem Weltmarkt eine geradezu monopolähnliche Stellung mit den Vereinigten Staaten als wichtigstem Absatzmarkt. Von 1894 bis 1911 stiegen die Stickereiexporte von 30 000 auf 92 000 Doppelzentner. 1910 arbeiteten von den 39 148 Beschäftigten der Agglomeration St. Gallen 14 123 Personen (36 %) im Bereich ‹Herstellung und Veredelung von Gespinsten und Geweben› und 6006 (15 %) in der vom Aufschwung profitierenden Baubranche.⁷ Ab 1912 zeichnete sich aber eine deutliche Trendwende ab, die bereits auf die schwere Stickereikrise der kommenden Jahrzehnte hindeutete. Ab 1908 begann die Nachfrage amerikanischer Kundinnen und Kunden nach Besatzartikeln zu sinken und innert weniger Jahre verlor der amerikanische Markt für diese Massenware jede Bedeutung.⁸ Auch wenn diese Verluste teilweise durch steigende Exporte nach Grossbritannien und Deutschland wettgemacht werden konnten und die laufenden grossen Bauvorhaben Prosperität vortäuschten, sahen die Zeitgenossen St. Gallen in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Wie die ‹Volksstimme› berichtete, reisten schon vor Kriegsbeginn viele arbeitslose Italiener aus der Ostschweiz in ihre Heimat zurück, ‹mitten im Sommer, was in Jahren mit ordentlichem Geschäftsgang nie vorgekommen ist.›⁹ Und wie ein Hoffnungsschimmer meldete der ‹St. Galler Stadt-

Anzeiger› im Juni 1914, dass es der Firma Reichenbach, einem der grossen Exportunternehmen, trotz Krise möglich sei, eine Dividende von 8 Prozent zu zahlen.¹⁰

In ihrer gesellschaftlichen Struktur war die Bevölkerung der Stadt und ihrer Aussengemeinden in vielfältiger Weise fragmentiert. Einerseits gab es ein vermögendes Wirtschaftsbürgertum aus Exportkaufleuten, Industriellen und Bankiers, welches sich deutlich von der übrigen Einwohnerschaft abgrenzte und seinen Reichtum in feudalen Villen am Rosenberg zur Schau stellte. Kaufleute und Fabrikanten, welche etwas auf sich hielten, verkehrten im exklusiven ‹Merchants Club›, wo ein Boy für das Schuhputzen bereitstand und livrierte Kellner in Frack und Lackschuhen exquisite Speisen servierten.¹¹

7 Schweizerische Volkszählung 1910, Bern 1912, Bd.3, S. 674–676; Gruner, Erich: *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914. Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik*, Bd. 1., Zürich 1987/1988, S. 63.

8 Volkszählung (wie Anm. 7), S. 674–676; St. Galler Geschichte, St. Gallen 2003, Bd. 7, S. 146–147; Meili, C./Häusler, E.: *Swiss Embroidery. Erfolg und Krise der Schweizer Stickerei-Industrie in globaler Perspektive (1865–1929)*. Lizentiatsarbeit Universität Zürich 2011, S. 229 f.

9 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 170 (24. Juli).

10 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 174 (28. Juli): *Aus der Stickereiindustrie*.

11 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 6, S. 39.

Unterhalb dieser schmalen Elite gab es einen vergleichsweise breiten Mittelstand aus Gewerbetreibenden, kleinen Händlern, Beamten und Angestellten, die sich gegenüber der Arbeiterschaft durch eine bessere Lebenshaltung und ein mittelständisches Selbstverständnis bewusst abgrenzten. Die seit 1880 stark gewachsene Gruppe der Angestellten verfügte im Gegensatz zu den Arbeiterinnen und Arbeitern über einen sichereren Arbeitsplatz, ein festes Salär und über einen bescheidenen Ferienanspruch. Um ihre Interessen wahrzunehmen, schlossen sich die mittelständischen Gruppen in je unterschiedlichen Vereinen zusammen, so die Handwerker und Gewerbetreibenden im städtischen Gewerbeverband oder die Angestellten im ‹Kaufmännischen Verein› (1891).¹²

Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung gehörte zur Arbeiterschaft, deren Anteil in den Vorortgemeinden Straubenzell und Tablat stärker ins Gewicht fiel als in der Stadtgemeinde. Der Industriesektor zählte 1910 in den drei Gemeinden 26 883 Beschäftigte, was beinahe 70 Prozent aller Berufstätigen ausmachte.¹³ Obwohl sich die materielle Situation der Arbeiterschaft im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zu verbessern begann, waren die Lebensverhältnisse in der Stickerei, im Baugewerbe oder in der Maschinenindustrie bescheiden. Wer zur Arbeiterschaft gehörte, hatte mit dauernden Geldsorgen zu kämpfen, konnte leicht in die Armgängigkeit abgleiten und musste jederzeit mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen. Mit dem Ziel einer materiellen Verbesserung schlossen sich 1886 elf Arbeitervereine, darunter der Grütliverein und mehrere Gewerkschaften, zur ‹St. Galler Arbeiterunion› zusammen. 1890 feierte die Arbeiterunion erstmals zusammen mit dem Weltproletariat den 1. Mai und 1901 schuf die Arbeiterunion, der rund 4600 Mitglieder angehörten, ein eigenes Sekretariat.¹⁴

Neben den sozialen bestimmten auch die konfessionellen Gegensätze das städtische Leben. 1910 wohnten in der Agglomeration St. Gallen 40 932 Katholiken (54 %), 32 815 Protestanten (43 %) und 825 Juden (1 %). Während in der Stadtgemeinde (1879) und in Straubenzell (1892) die ka-



Wohnverhältnisse von Arbeiterfamilien in Tablat. Das so genannte ‹Albisetti-Haus›, ein Holzhaus mit 13 Eingängen, befand sich an der Ecke Oststrasse/Fidessstrasse in der Nähe des Schulhauses St. Fiden.

tholischen und protestantischen Schulen in staatlichen Institutionen aufgegangen waren, gab es in Tablat weiterhin konfessionelle Schulen. So besuchten etwa die protestantischen Kinder 1913 das neue Gerhaldenschulhaus, das allein auf weiter Flur stand, während die katholischen Kinder im Schulhaus Rotmonten unterrichtet wurden. Die beiden Schülerströme begegneten sich jeweils an der Gerhaldenstrasse, was oft zu Reibereien aus ‹religiös erhitzten Gründen› führte. Zwischen den Nachbarskindern bestand je nach Eltern eine erhebliche Kluft, so dass es nur mit wenigen Ausnahmen zu gemeinsamen Spielen im Garten oder auf der Strasse kam.¹⁵

Was sich im alltäglichen Verhältnis der Kinder zeigte, bestimmte das gesamte Leben in der Stadt und den Außengemeinden. In Frontstellung zum liberalen Staat hatte sich die katholische Bevölkerung im Kanton, aber auch in der Stadt seit den 1860er-Jahren umfassend organisiert. 1868 war als Folge kulturstreiterischer Auseinandersetzungen der Katholikenverein der Stadt St. Gallen gegründet worden. 1882 folgte der Katholische Cirkel, der die Mitglieder mit geeigneter Lektüre versorgen und durch Veranstaltungen den Zusammenhalt fördern sollte. Der Katholikenverein, der sich zunächst vor allem um die innere Geschlossenheit der städtischen Katholiken kümmerte, setzte sich seit den 1890er-Jahren immer mehr mit den Wahlen auseinander. 1897 wurde der erste Katholik in den städtischen Gemeinderat gewählt und in den folgenden Jahren setzte eine breite Kampagne zur Mitgliederwerbung ein. Von 1903 bis 1908 stieg die Mitgliederzahl von 475 auf 1120, zugleich war 1895 mit dem ‹Casino› an der Rorschacherstrasse ein eigenes Haus für ein aktives Vereinslebens geschaffen worden.¹⁶

Insgesamt war die katholische Bevölkerung in der Stadt und ihrer Umgebung geschlossen in ein eigenes ‹Milieu› eingebunden. In der politischen Grundhaltung stand einerseits die Betonung der inneren Geschlossenheit im

12 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 6, S. 45–48; vgl. für die Abgrenzung: Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchive, Tagebuch Haller.

13 Volkszählung (wie Anm. 7), Bd. 3, S. 674–676; Röllin (wie Anm. 5), S. 78.

14 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 6, S. 50–56; Schlaginhausen, Karl: Die Entwicklung des St. Galler Gewerkschaftskartells, in: 50 Jahre Volksstimme, St. Gallen 1954, S. 155–165.

15 Ehrenzeller (wie Anm. 3), S. 481 f.; Baus, Willi: Junge St. Galler von damals. Erlebnisbericht aus unserer Stadt zwischen den Jahren 1900 und 1938, St. Gallen 1980, S. 21.

16 Bauer, Jakob: Der Katholikenverein der Stadt St. Gallen 1868–1918, St. Gallen 1919, S. 12–28; Bühler-Rist, F.: Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestandes des katholischen Cirkel St. Gallen 1882–1932, St. Gallen 1932, S. 3–46.



Wichtige Treffpunkte für die Ausländerinnen und Ausländer waren die Restaurants mit kulinarischen Angeboten aus ihren Heimatländern. Quelle: St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (5. Juli 1914; Morgenausgabe).

Vordergrund, was sich in den regelmässig stattfindenden Katholikentagen (1911 in St. Gallen) manifestierte. Anderseits ging es um die Verteidigung der religiösen und sittlichen Werte der katholischen Kirche gegen die Moderne, was immer wieder zu ‹konfessionellen Streitigkeiten› führen musste.¹⁷

Sehr unterschiedlich gestaltete sich die Zusammensetzung der Bevölkerung nach ihrer geographischen Herkunft. Gemäss Volkszählung von 1910 gab es in St. Gallen 11764 (31%), in Tablat 9011 (40%) und in Straubenzell 4125 (27%) Ausländerinnen und Ausländer.¹⁸ Die grösste Gruppe stellten die Deutschen (10083 in Deutschland geborene Einwohner), gefolgt von den Italienern (5927 in Italien geborene Einwohner) und den Österreichern (2632 in Österreich-Ungarn geborene Einwohner). Weitere Ausländergruppen stammten aus Frankreich, Dänemark, England, Russland, Nordamerika, Südamerika, Afrika und Australien.¹⁹ Den kosmopolitischen Charakter St. Gal-

lens unterstrich die regelmässig publizierte Fremdenstatistik, die Hotelgäste von New York bis Sankt Petersburg und von Mailand bis London verzeichnete.²⁰

Die Deutschen als grösste Ausländergruppe übten wichtige Funktionen im Erziehungswesen, im Kulturbetrieb, im Handwerk und in der Industrie aus und organisierten sich in eigenen Vereinen mit besonderen Treffpunkten. Zur Unterstützung von in Not geratenen Landsleuten war 1878 der Deutsche Hilfsverein gegründet worden, ihm folgten 1883 der Plattdeutsche Verein, 1886 der Badenser Verein, 1888 der Württemberger Verein und der Bayernverein, 1901 der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und 1906 der deutsche Turnverein.²¹

Die Zuwanderer aus Italien arbeiteten vorwiegend im Hoch- und Tiefbau und im Textilgewerbe. Den kantonal höchsten Anteil an italienischer Bevölkerung besass die Gemeinde Tablat. In den städtischen Vorortquartieren, im Volksmund als ‹Klein-Venedig› bezeichnet, herrschten vor dem Ersten Weltkrieg äusserst missliche Wohn- und Lebensverhältnisse. Wie eine Untersuchung des neu eingesetzten Wohnungsinspektors Karl Kern 1911 ergab, waren ‹alle Winkel mit alten, schmutzigen, oft halb verfaulten Betten ausgestopft› und diese ‹alle Tag und Nacht gleichmässig belegt›. Besonders betroffen von den misslichen Wohn- und Hygieneverhältnissen waren die Heranwachsenden. Wie der Bezirksarzt von Tablat 1909 feststellte, starben bei den italienischen Kindern 36 Prozent der lebend Geborenen im ersten Lebensjahr, bei den anderen Nationalitäten waren es nur 13 Prozent.²²

Wie die anderen Zuwanderergruppen bildete sich unter den Italienern und Italienerinnen eine eigene Lebenskultur, die sich in der Eröffnung eines Konsumvereins, der ‹Cooperativa Italiana›, in eigenen Treffpunkten oder in verschiedensten Vereinen, so dem ‹Circolo studio Italiani› oder der Theatergruppe der Arbeiterunion, dem ‹Circolo filodrammatico Italiano› ausdrückte. Hinzu kamen die politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und staatlichen Organisationen, die sich um die Belange der italienischen Auswanderer kümmerten, so das italienische Auswanderungsamt oder das Hilfswerk ‹Opera Bonomelli›.²³

17 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 6, S. 78; Bosch, Manfred: Eine Erinnerung an Jakobus Weidenmann, in: Bodensee-Hefte, 1997, Nr. 1, S. 19–21.

18 Volkszählung (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 180–184.

19 Volkszählung (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 504.

20 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 158 (9. Juli), Morgenblatt.

21 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 7, S. 126.

22 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 7, S. 125 f.; Kern, K.: Wohnungsinspektorate in der Schweiz, in: Sozialpolitische Zeitfragen der Schweiz, Heft 23, Zürich 1912.

23 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 7, S. 127 f.

Politik im Zeichen von Proporzwahl und Stadtvereinigung

In der politischen Organisation waren in Stadt und Kanton wichtige Veränderungen eingeleitet worden. 1909 gab sich die Stadt eine neue Gemeindeordnung. Die städtische Legislative bestand aus 45 Gemeinderäten, von denen gleichzeitig fünf als Stadträte amteten. Die Stadträte leiteten die einzelnen Abteilungen der Stadtverwaltung, bildeten aber noch keine Behörde mit eigenen Befugnissen. Im Umfeld der Diskussionen um das Proporzwahlverfahren überliessen die Stadtliberalen, welche die dominierende politische Kraft darstellten, freiwillig einen Drittels der Sitze im Gemeinderat den oppositionellen Parteien. Gleichzeitig wurden das obligatorische und das fakultative Finanzreferendum eingeführt und die Bürger erhielten das Recht, über Jahresrechnung und Steuerfuss zu entscheiden. Nach der letzten Versammlung der Bürgerschaft am 25. April 1909 in der Reithalle fanden die Wahlen und Abstimmungen von nun an der Urne statt.²⁴

Parallel zur Umgestaltung der Gemeindeorganisation stand im Kanton die Auseinandersetzung um das Proporzwahlsystem im Mittelpunkt der Politik. Nach vergeblichen Anläufen 1893, 1900 und 1906 nahmen die Stimmbürger des Kantons am 5. Februar 1911 die Proporzinitiative gegen den Widerstand aus der liberal beherrschten Stadt an. Im Frühjahr 1912 wurde der Grosses Rat erstmals nach dem Proporz gewählt. Dies bedeutete im Kanton das Ende der freisinnigen Vorherrschaft. Mit 87 von 202 Vertretern wurde die Konservative Volkspartei zusammen mit den Christlich-Sozialen die stärkste politische Kraft.²⁵

In der Stadtgemeinde behielten die Liberalen die Mehrheit, indem sie von den 25 Sitzen des Wahlkreises deren 15 eroberten. 4 Sitze erreichte die Konservative Volkspartei, 4 die Demokratische und Arbeiterpartei und 2 die Sozialdemokraten. In den umliegenden Wahlkreisen Gossau und Tablat, zu denen die beiden Aussengemeinden Tablat und Straubenzell gehörten, dominierte demgegenüber die Konservative Volkspartei.²⁶

In der städtischen Politik verfügten die Liberalen, welche sich 1912 die einheitliche Bezeichnung «Freisinnig-demokratische Partei» gegeben hatten, über die absolute Mehr-

Wahlliste der konservativen Volkspartei.*

* Wenn ein Stimmzettel nicht die Bezeichnung einer Partei trägt, wie sie in den amtlich veröffentlichten Wahllisten enthalten ist, so ist er ungültig.

Kandidaten:

Herr **Staub J. Oth.**, Nationalrat, Gossau
„ **Högger**, Kantonsschreiber, Gossau
„ **Hürlemann U.**, Dr. med., Sanitätsrat, Gossau
„ **Gägi U.**, Fabrikant, Engelburg
„ **Bohart J.**, Vermittler, Straubenzell
„ **Sager Cl.**, Administrationsrat, Gossau
H.H. **Klaus August**, Pfarrer, Waldkirch
Herr **Liner Jost**, Gemeindammann, Amtwil
„ **Scheiwiler Josef Anton**, Gemeinderat, Waldkirch
„ **Grauhwehr Karl**, Gemeinderatsschreiber, Amtwil
H.H. **Scheiwiler Alois**, Dr., Pfarrer, St. Othmar, Straubenzell, neu

Ersatz-Kandidaten:

Herr **Duft Johann**, Dr. jur. in Lachen-Bonwil
„ **Koller J.**, Gerichtspräsident, Gossau
„ **Klingler Th.**, Gemeindammann, Gossau
„ **Lorenz Gustav**, alt Gemeinderat, Gossau
„ **Ledergerber U.**, Gemeinderat, Amtwil
„ **Keller Wilhelm**, Verwaltungsrat, Bernhardzell
„ **Schwarz Karl**, Schulrat, Amtwil, Gaisserwald
„ **Zahner W.**, Bezirksschreiber, Lachen-Bonwil
„ **Wagnauer No.**, Schulrat, Bruggen-Straubenzell

Dieser Stimmzettel kann ausgeschnitten und im Bezirk Gossau als gültig in die Urne gelegt werden.

Erste Wahl zum Grossen Rat nach dem Proporzwahlverfahren im Frühjahr 1912 im Bezirk Gossau. Neuer Kandidat in der Gemeinde Straubenzell ist Alois Scheiwiler, der spätere St. Galler Bischof. Quelle: Die Ostschweiz, 39. Jg. (1912), Nr. 93, 12. April 1912.

heit. Sie stellten mit Dr. Eduard Scherrer seit 1902 auch den Gemeindammann (Stadtpräsidenten). Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Kanton richteten die Freisinnigen 1912 ein ständiges Parteisekretariat ein, das die politische Schlagkraft erhöhen sollte. Ein Jahr später gründete Parteisekretär Jakob Zäch (1873–1937) den «Freien Arbeiterverband St. Gallen und Umgebung», um die Abwanderung der Arbeiterwähler zu den sozialistischen und christlich-sozialen Gewerkschaften zu stoppen.²⁷

Die in der Stadtgemeinde wesentlich schwächere Konservative Volkspartei hatte sich für den Wahlkampf 1912 ein neues Programm gegeben, in dem sie sich unter dem Eindruck der linken Opposition dem Freisinn annäherte. Neben dem rückhaltlosen Bekenntnis zum einst abgelehnten liberalen Nationalstaat versprachen die Konservativen fortschrittliche Mitarbeit und soziale Versöhnung. Nur in der religiösen Weltanschauung wollte man konservativ bleiben.²⁸

Gleich stark wie die Konservativen war in der Stadt die Demokratische und Arbeiterpartei, welche seit der Schaffung der Kantonsverfassung von 1890 in Verbindung mit den Konservativen die Allianz gegen die liberale «Herrenpartei» gebildet hatte und für den Ausbau der direkten Demokratie und Sozialreformen eingetreten war. Da sich

24 Ehrenzeller (wie Anm. 3), S. 429.

25 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 7, S. 182.

26 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 7, S. 68.

27 Vom liberalen Verein zur modernen FDP. Geschichte des St. Galler Freisinns, 1857–1982, St. Gallen 1982, S. 59, 62–65.

28 Holenstein, Thomas: Geschichte der konservativen Volkspartei des Kts. St. Gallen 1834–1934, St. Gallen 1934, S. 316–318; Die Ostschweiz, 39. Jg. (1912), Nr. (23. März).

die Hoffnung, durch den Ausbau der Demokratie die soziale Frage zu lösen, für viele Arbeiter und Arbeiterinnen als trügerisch erwiesen hatte, konstituierte sich 1905/1906 eine sozialdemokratische Kantonalpartei, welche ihren Rückhalt mit rund 600 Mitgliedern vor allem in der Hauptstadt besass. Sechs der insgesamt 11 Sozialdemokraten im Grossen Rat stammten aus St. Gallen und Umgebung. Als Glied der schweizerischen Parteiorganisation bekannten sich die städtischen Sozialdemokraten zu marxistischen Grundsätzen, so «zur Überführung der Produktionsmittel aus Privateigentum in den Besitz der Gesellschaft und zum Klassenkampf. Führende Köpfe der städtischen Sozialdemokratie waren Paul Brandt (1852–1910), der früher Redaktor beim demokratischen Stadtanzeiger gewesen war und 1902 in den Nationalrat gewählt wurde, und Rechtsanwalt Heinrich Scherrer, seit 1902 St. Gallischer Regierungs- und Nationalrat, ab 1911 Ständerat.²⁹

Jede Stadtpartei besass ein eigenes Organ, das mit einer überregionalen Ausrichtung pointiert die politische Meinung der Partei vertrat. Als Sprachrohr der Freisinnigen trat das *«St. Galler Tagblatt»* (Tagblatt der Stadt St. Gallen und der Kantone St. Gallen, Appenzell und Thurgau) auf, das um 1914 zwei Mal täglich um 8 Uhr mit einem Morgen- und um 14 Uhr mit einem Abendblatt erschien. Auf die höchstmögliche Aktualität mit zwei Ausgaben ausgerichtet waren auch die konservative *«Ostschweiz»* und der demokratische *«St. Galler Stadt-Anzeiger»*. Nur einmal täglich erschien die sozialdemokratische *«Volksstimme»*, die sich als *«Organ der sozialdemokratischen Partei des Kantons St. Gallen, der Arbeiterunionen St. Gallen, Gossau, Uzwil, Wil, Toggenburg, Rapperswil, St. Margrethen und Rorschach»* bezeichnete. Alle vier Zeitungen waren amtliches Publikationsorgan für die Stadt und die umliegenden Gemeinden (Tablat, Straubenzell und Rorschach) und druckten deshalb die offiziellen Verlautbarungen der kommunalen und kantonalen Behörden ab.³⁰

Die wichtigste gemeindepolitische Frage, welche die städtische Bevölkerung seit 1900 beschäftigte, war die Stadtvereinigung. Der Anstoss zur Vereinigung ging vom Tablatler Gemeindammann Hermann Bernet (1851–1918) aus, der in der Stadt zunächst auf erhebliche Bedenken parteipolitischer und konfessioneller Art stiess. 1901 gaben die Gemeindeversammlungen von Straubenzell und Tablat den Gemeinderäten den Auftrag, alles vorzukehren, was eine baldige Vereinigung erleichtern könne.³¹ Nachdem sich die Stadt 1903 zur Abklärung aller Fragen einer Vereinigung bereit erklärt hatte, nahm im Januar 1906 eine gemeinsame Kommission der drei Gemeinden die Beratungen in Angriff. Im Juli 1908 legte der St. Galler Gemeinderat einen zustimmenden Zwischenbericht vor, den die Bürgerversammlung widerspruchlos zur Kenntnis nahm. Da der Zusammenschluss Auswirkungen auf die Bezirkseinteilung und die Zahl der Gemeinden hatte,

musste der Vereinigung eine Revision der Kantonsverfassung vorangehen, der dann ein Stadtvereinigungsgesetz und schliesslich eine neue Gemeindeordnung folgen konnten. Im Februar 1912 stimmte der Souverän einer Änderung der Kantonsverfassung zu, wobei die drei direktbetroffenen Gemeinden Ja-Mehrheiten zwischen 80 bis 90 Prozent aufwiesen. Für die Ausarbeitung des Vereinigungsgesetzes stellte eine von allen drei Gemeinden gleichberechtigt zusammengesetzte Kommission 51 Postulate über die Organisation und die finanzielle Situation des künftigen *«Gross-St. Gallen»* zusammen, welchen die Stimmbürger im Mai 1914 guthiessen. Trotz eines wachsenden Widerstands in der Stadtgemeinde erwartete man im Sommer 1914 eine rasche Konstituierung der erweiterten Stadtgemeinde.³² Doch die internationalen Ereignisse stoppten das Projekt, sodass die neue Gemeindeordnung erst im Juli 1918 in Kraft treten konnte.

«Der österreichische Thronfolger und seine Gattin ermordet»

In der Morgenausgabe vom 29. Juni 1914 konnte die St. Galler Bevölkerung erstmals von der Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin lesen. Dabei ergaben sich – je nach politischer Ausrichtung – unterschiedliche Beurteilungen des Attentats, wobei bei allen Druckerzeugnissen, entsprechend der damaligen Funktion der Presse, die ausführliche Berichterstattung über den Hergang des Attentats im Vordergrund stand. Während sich das freisinnige St. Galler Tagblatt stark auf die detaillierte Wiedergabe der Ereignisse konzentrierte, ergriff die konservative *«Ostschweiz»* von Beginn weg Partei für das österreichische Kaiserhaus. In ihrer Ausgabe vom 30. Juni betonte sie unter dem Titel *«Die Mordkatastrophe in Österreich»*, dass es «heute unsere journalistische Pflicht» sei, «zunächst des niederschmetternden Eindrucks zu gedenken, welcher die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in der ganzen gesitteten Welt hervorgerufen hat. Überall zeige sich «die lebhafteste Entrüstung und Empörung über die unselige Freveltat, die grosserische Verschwörer, die noch nicht einmal den Bubenjahren entwachsen sind, an einem edelsten Fürstenpaare Europas begangen hat.»³³ In

29 Roschewski, Heinz: *Die St. Gallische Sozialdemokratie in Vergangenheit und Gegenwart*, in: *50 Jahre Volksstimme*, St. Gallen 1954, S. 95–103; Ehrenzeller (wie Anm. 3), S. 427; Specker, Louis: *Landammann Heinrich Scherrer (1847–1919). Portrait eines Reformsozialisten*, in: *Toggenburger Annalen* 3, 1976, S. 60–65; Gruner (wie Anm. 7), S. 140 f., 357.

30 *St. Galler Geschichte* (wie Anm. 8), Bd. 7, S. 106 f.

31 Ehrenzeller (wie Anm. 3), S. 466.

32 Ehrenzeller (wie Anm. 3), S. 468–479.

33 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 148 (29.Juni), *Morgenblatt*.

den Kreisen der Konservativen Volkspartei stand man dem katholischen österreichischen Kaiser nahe und sah im Attentat auch einen Angriff auf die religiösen und gesellschaftlichen Werte, die man selbst vertrat.³⁴

Demgegenüber verzichtete der demokratische *«St. Galler Stadt-Anzeiger»* auf eine direkte Verurteilung des Attentats, hob aber die guten Beziehungen des Erzherzogs zur Schweiz hervor: Letzterer habe «mehrere Jahre hindurch mit seiner Familie einen Winterkuraufenthalt in St. Moritz genommen» und sei besonders an den historischen Beziehungen zur Schweiz interessiert gewesen. «Der Thronfolger hat schon bei mehreren Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass die Wiege des Habsburger Geschlechts und der österreichischen Hausmacht ja doch die Schweiz sei und dass deshalb Österreich bestrebt sein müsse, ein inniges Freundschaftsverhältnis mit der Eidgenossenschaft herzustellen.»³⁵

Ganz anders beurteilten die Sozialdemokraten die Vorgänge in Sarajewo. Unter dem Titel «Das Attentat der serbischen Patrioten» berichtete die vom ehemaligen Lehrer und späteren Bundesrat Ernst Nobs (1886–1957) redigierte *«Volksstimme»*³⁶, dass der Mörder ein «serbischer Chauvinist» gewesen sei, der es «Österreich nicht verzeihen kann, dass es auf dem Balkan eine Expansionspolitik betreibt, dass es die von Völkern serbischen Stammes bewohnten Provinzen Bosnien und Herzegowina Österreich einverleibt und bei den neuesten Balkankriegen eine Haltung eingenommen hat, die ausgesprochen serbenfeindlich war.» Das Attentat sei letztlich der unfähigen österreichischen Regierung zuzuschreiben, die in «den auswärtigen Angelegenheiten, namentlich in den Balkanhändeln, eine leichtfertige und verbrecherische Politik des Drophens und Kriegrüstens, der Unterdrückung und Gewalt eingeschlagen» habe «und was sie da gesät hat, ist aufgegangen in Hass und Blut.»³⁷ Noch deutlicher wurde die *«Volksstimme»* am Tag darauf, als sie sich unter dem Titel «Die Opfer des bewaffneten Friedens» beklagte, dass wegen nur zwei Toten alle Welt viel Aufhebens mache, während die bür-



Bild in der Zeitung *«Die Ostschweiz»* zum Mord in Sarajewo. Quelle: *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 148 (28. Juni; Morgenblatt).

gerlichen Zeitungen bei einem Bergwerksunglück mit 2000 Toten schnell zur Tagesordnung übergingen. Zugleich schilderte das Blatt die Fälle von drei St. Galler Soldaten, die im Dienst durch das Versagen der Armeeführer ums Leben gekommen waren.³⁸

Eine Woche nach dem Attentat, am Samstag, dem 4. Juli, um 9 Uhr wurde «über Veranlassung des hiesigen k. und k. österr.-ungar Konsulates» in der Domkirche «ein feierliches Seelenamt» für das Fürstenpaar abgehalten³⁹ und nochmals eine Woche später berichtete die *«Ostschweiz»* über die Trauerfeier der österreichischen Gesandtschaft in Bern, dass sich auf «dem Kirchenplatz» eine «grosse Volksmenge» aufgestellt habe, «ein Zeichen, welche Gefühle das gewöhnliche Volk bei dem tragischen Geschick des Erzherzogs Ferdinand und seiner Gemahlin hegt.»⁴⁰ Genutzt wurde die Gunst der Stunde auch durch das Panorama international an der Poststrasse 12, das den St. Gallerinnen und St. Gallern für eine Woche die Möglichkeit bot, «Serajevo, den Schauplatz des Mordes des österreichischen Thronfolgers, und Bosnien Herzegowina» in Rundgemälden kennen zu lernen: «Alles in allem: eine wirklich sehenswerte Serie, die jeder Besucher befriedigt verlässt und keiner weiteren Empfehlung bedarf.»⁴¹

Nach zwei Wochen verschwanden die Ereignisse auf dem Balkan aus den Schlagzeilen, über Kriegsgefahr war kaum ein Wort gefallen. Der Besuch des belgischen Königs stand an, die Landesausstellung in Bern erregte Interesse

34 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 149 (30. Juni), Morgenblatt; Gentil (wie Anm. 2), S. 17: Dort wird vor allem auch betont, dass sich die öffentliche Diskussion auf das Mitleid mit dem greisen Kaiser Franz Josef und den Fortbestand der Monarchie konzentrierte.

35 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 151 (1. Juli), Erstes Blatt.

36 Nobs, Ernst: *Erinnerungen an St. Gallen*, in: *50 Jahre Volksstimme*. Jubiläumsausgabe 1955.

37 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 150 (1. Juli).

38 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 151 (2. Juli).

39 *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 153 (3. Juli), Morgenblatt, Inserat.

40 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 158 (10. Juli), Morgenblatt.

41 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 155 (7. Juli), Inserat.

oder Kritik.⁴² In St. Gallen sorgte ein von der Arbeiterunion organisierter Lichtbildervortrag der «Liga der schweizerischen Hilfsvereine für politische Gefangene und Verbannte Russlands» über die «schrecklichen Greuel in den russischen Gefängnissen» für Aufregung. Auf den Vortrag aufmerksam machte ein Plakat, welches das Gesicht eines russischen Gefangenen zeigte. Die Polizei hatte zunächst das Plakat wegen anstössigen Inhalts verboten, liess es dann aber auf Proteste hin wieder zu, nachdem das abgebildete Gesicht mit weissem Papier überklebt worden war. Gegen diesen «neuen Geniestreichs der St. Galler Polizei», wie die «Volksstimme» das Vorgehen bezeichnete, veranstaltete die Sozialdemokratische Partei am 9. Juli eine überparteiliche Protestversammlung im Schützengarten, an der 1200 Personen teilnahmen.⁴³ Neben Referaten zur Situation der russischen Gefangenen wurde das Vorgehen der St. Gallischen Behörden verurteilt und die Solidarität mit den politischen Gefangenen in Russland bezeugt. In der unter langanhaltendem Beifall verabschiedeten Resolution entsandten die Versammelten «den Märtyrern des russischen Befreiungskampfes ihre brüderlichen Grüsse» und drückten «die Erwartung aus, dass sie sobald wie möglich von ihren Leiden und Qualen erlöst werden mögen.»⁴⁴ Vier Tage später kam die Angelegenheit aufgrund eines Vorstosses der sozialdemokratischen Fraktion auch im städtischen Gemeinderat zur Sprache. Der freisinnige Gemeindammann Eduard Scherrer missbilligte dabei zwar das Vorgehen des Polizeikommissars, meinte aber auch, es sei zu viel Aufhebens in der Presse um diese Sache gemacht worden. Man solle in solchen Fällen jeweils den Rekurs an die nächsthöhere Instanz nutzen.⁴⁵

**«Dir zukunftsrohe St. Galler Jugend,
dir war der gestrige Tag geweiht»**

Mitte Juli waren die Vorgänge auf dem Balkan vergessen. St. Gallens Bevölkerung widmete sich in allen politischen Lagern den unbeschwert sommerlichen Festivitäten. Ausflüge, Konzerte – so die Regimentsmusikkonzerte der Tonhallegesellschaft – standen auf der Agenda.⁴⁶ Am 14. Juli, rund zwei Wochen nach dem Attentat, feierte die Stadt im Beisein des freisinnigen St. Galler Bundespräsidenten Arthur Hoffmann (1857–1927) das traditionelle Kinderfest, ein Volksfest, «das den Zusammenhang der sonst so sehr auseinanderstrebenden Volksteile und Klassen immer neu offenbart und stärkt und den Willen zur einheitlichen Erstrebung der gemeinsamen Ziele wieder und wieder festigt.» Der Berichterstatter in der «Volksstimme» verkündete pathetisch: «Dir zukunftsrohe St. Galler Jugend, dir war der gestrige Tag geweiht. Möge deine Zukunft eben so reich sein an strahlender, wärmend-belebender Sonnenpracht und eben so reichlich mit leuchtenden Blumen verflochten sein, wie die Quiland und Kränze der weissgekleideten Mädchen.»⁴⁷

Ueber Veranlassung des hiesigen k. und k. österr.-ungar. Konsulates wird anlässlich des Ablebens weiland Seiner k. und k. Hoheit, des **Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand von Oesterreich-Este** und Hochdessen **Gemahlin am Samstag, 4. dieses Monats, um 9 Uhr vormittags, in der hiesigen Domkirche ein feierliches Seelenamt abgehalten.**

[30856]

Inserat zur Ankündigung des Seelenamts für den Thronfolger und seine Gattin. Quelle: St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 153 (3. Juli; Morgenausgabe).

Niemand dachte auch nur im Entferntesten daran, dass die hier ausgesprochenen Wünsche nicht wahr werden könnten und dass es 13 Jahre dauern sollte, bis das nächste Kinderfest in einer völlig veränderten Welt stattfinden konnte. Sorgen machte man sich in Bezug auf die Organisation des Kinderfestes nach der Stadtverschmelzung, denn der Umzug hatte länger gedauert als je, waren es doch über 5000 Kinder (genau 5228), die heuer teilnahmen, die höchste Zahl, die bisher erreicht wurde! Wie soll das erst in Gross-St. Gallen werden, das annähernd die doppelte Einwohnerzahl hat wie die jetzige Kleinstadt. Doch darüber wollte man sich keine Sorgen machen, sondern man freute sich wie der St. Galler Stadt-Anzeiger am militärischen Geist der Jugend: «Die Bereitschaft, wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand, die Unabhängigkeit

42 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 154 (7. Juli), Morgenblatt; St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 157 (8. Juli) 1914, Morgenblatt.

43 St. Galler Tagblatt, 74 Jg. (1914) Nr. 157 (8. Juli), Morgenblatt; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 157 (9. Juli): Das verbotene Gesicht.

44 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 158 (10. Juli); St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 159 (10. Juli), Morgenblatt: Hinter russischen Kerkermauern.

45 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 158 (10. Juli).

46 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 159 (10. Juli), Morgenblatt: Hinter russischen Kerkermauern.

47 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 171 (24. Juli), Abendblatt; vgl. auch: Gentil (wie Anm. 2), S. 127: Es wird deshalb auch von der «verdeckten Krise» gesprochen, weil die wesentlichen Vorgänge als Folge der staatlichen Einflussnahme nicht bekannt waren.

48 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 162 (15. Juli): Das Kinderfest; vgl. zu Arthur Hoffmann: Altermatt, Urs (Hg.): Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon, Zürich/München 1991, S. 300–305.

keit des Schweizerbodens und die Freiheiten des Volkes zu verteidigen, gab eindrucksvoll unser mustergültiges Kadettenkorps mit seinen Übungen kund, denen als Schluss des ganzen Festes, ein unter den Klängen der Kadettenmusik stramm ausgeführter, vom Bundespräsidenten abgenommener Defilermarsch folgte.⁴⁹

Als ob man die Schrecken des kommenden Krieges vorausgeahnt hätte, gingen die Kadettenübungen – sehr zur Genugtuung der antimilitaristischen *«Volksstimme»* – «ohne Geknatter und ohne Gefecht» über die Bühne, was allerdings auch zu Kritik Anlass gab: «Schade», meinte der Stadt-Anzeiger, «dass nicht ein Manöverli mit ein bisschen Krachen und Dröhnen als Endeffekt genommen wurde. So gefährlich wird das wohl nicht sein, in Herisau drüben geht's ja auch und den Kadetten hätte es ebenso viel Freude gemacht wie den Zuschauern von nah und fern!»⁵⁰

Der Berichterstatter bedauerte aber nicht nur das fehlende «Krachen», sondern auch die neuen Modetendenzen: «Gestern nun war von Stickereien recht wenig zu sehen. Auch die Frauen und Töchter unserer Stickereifabrikanten huldigen der neuen Mode, welche die Stickerei fast gänzlich vernachlässigt und den glatten Röcken den Vorzug gibt. Wenn das am grünen Holz geschieht...» Mit dem Bibelzitat deutete der Schreiber geradezu prophetisch an, mit welchen wirtschaftlichen Veränderungen die Stadt in Zukunft konfrontiert sein könnte.⁵¹

Insgesamt sah die städtische Bevölkerung im Sommer 1914 mit Zuversicht der Zukunft entgegen.⁵² Man hatte gerade begonnen das Eidgenössische Turnfest von 1915 vorzubereiten, an dem die Stadt 10 000 aktive Turner erwartete, am Wochenende sollten die Sommerferien der städtischen Schulen beginnen und der Stadtsängerverein Frohsinn wollte am 24. Juli mit 170 Mann zu seiner grossen Reise nach Salzburg, Bad Gastein und Bozen aufbrechen, als überraschend – mitten in den allgemeinen Festtaumel – die Meldung von der «österreichischen Note an Serbien» eintraf.⁵³

49 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 163 (14. Juli), Erstes Blatt.

50 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 163 (14. Juli), Nr. 163, Erstes Blatt; vgl. zum Militarismus und Antimilitarismus auch: Gruner (wie Anm. 7), S. 549–564.

51 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 163 (14. Juli), Erstes Blatt.

52 Vgl. Gentil (wie Anm. 2), S. 22: *Die wahre Brisanz der Ereignisse in Sarajewo wurde von der St. Gallischen Presse nicht erfasst.*

53 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 171 (24. Juli), Morgenblatt: *Die österreichische Note an Serbien.*

54 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 172 (25. Juli), Erstes Blatt: *Vom Tage.*

55 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli), Morgenblatt.



Ganz der Aktualität verpflichtet war auch das Panorama an der Poststrasse, das kurz nach dem Mord die Stadt Sarajevo in seinen Rundgemälden präsentierte. Quelle: *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 155, 7. Juli.

«Das Wiener Kabinett begibt sich auf eine gefährliche Fahrt»

Am 23. Juli, einem Donnerstag, berichteten die St. Galler Zeitungen, dass sich das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien derart zugespitzt habe, «dass man auf unangenehme Überraschungen gefasst sein muss.» Am folgenden Tag – die Stadtsänger brachen morgens fünf Uhr nach Salzburg auf – erfuhr die Stadtbevölkerung von den Einzelheiten der «sehr scharf gehaltenen Note» und vom Verlangen der österreichischen Regierung, bis Samstag, dem 25. Juli, abends sechs Uhr eine Antwort zu erhalten. Während das österreichische Vorgehen in der liberalen und konservativen Presse weitgehende Zustimmung erhielt, kritisierten die linken Blätter die Regierung in Wien mit Nachdruck. Der vom demokratischen Nationalrat Otto Weber (1872–1962) geleitete Stadt-Anzeiger hielt das Ultimatum für bedenklich, denn es wirke als Drohung, als Drohung mit dem Kriege. Die Forderung, dass österreichische Beamte bei der Untersuchung des Attentats in Serbien mitwirken sollten, gehe «entschieden über das Mass hinaus, was man billigerweise von Serbien verlangen darf, ja es wäre sogar ein Verstoss gegen das Völkerrecht.» Das Kabinett in Wien begebe sich auf eine gefährliche Fahrt und mit bangem Unterton frage sich der Stadt-Anzeiger, ob das Schiff auf halbem Weg wieder werde umkehren müssen, «oder wird es zu einem Schiffsbruch, einem Zusammenstoss kommen, der ganz Europa in Brand setzen kann?»⁵⁴

Am Wochenende fand in Altstätten das Kantonturnfest mit grosser Beteiligung städtischer Vereine statt. Während des Festes kam es immer wieder zu Diskussionen über einen möglichen Krieg. Auch die Bevölkerung von St. Gallen und Umgebung befand sich am Sonntag in Aufruhr. Vor den Zeitungsbüros und Druckereien herrschte ein grosses Gedränge von Personen, welche die neusten Nachrichten erfahren wollten. Das St. Galler Tagblatt musste einen besonderen Ordnungsdienst einrichten, «um die Bulletins ausgeben zu können.»⁵⁵ «Im Löchlebad, Union,



Kinderfest im Juli 1914: *«Dir zukunftsrohe St. Galler Jugend, dir war der gestrige Tag geweiht.»* Quellen: *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 162 (15. Juli); *Stickereizeit*, S. 137.

Hecht, Schiff, in der Walhalla war der Besuch ein sehr starker; auf den Strassen bildeten sich Gruppen, welche den Gang der Ereignisse diskutierten.

Eine besondere Aufregung herrschte unter den niedergelassenen Österreichern und Ungarn, welche sich in Neumanns Wiener Café, dem Treffpunkt der Österreicher, zusammenfanden. Wie das Tagblatt berichtete, traf die Meldung von der Ablehnung der serbischen Antwort durch Österreich um 9.10 Uhr in St. Gallen ein: *«Die bei Neumann versammelten Österreicher nahmen die Meldung mit stürmischer Begeisterung entgegen.»* Nach Ansicht des Tagblatts zeigte sich überall aufrichtige Sympathie für Österreich-Ungarn und das treu zu diesem haltende Deutsche Reich.⁵⁶ Noch deutlicher drückte das Tagblatt seine Unterstützung des österreichischen Vorgehens nach der offiziellen Kriegserklärung an Serbien aus, indem es festhielt, dass Österreich ein Staat *«europäischen Gepräges»* sei, während *«Serbien den Balkan mit seinen wildesten Aspirationen repräsentiert»*. Man könne nicht verstehen, dass die französische Schweiz die Sympathie einem Staat zuwende, der *«mit durchaus barbarischen Waffen zu kämpfen gewohnt ist.»*⁵⁷

Unterstützung erhielt Österreich-Ungarn erwartungsgemäss in den Kreisen der Konservativen Volkspartei. Vom

Kantonalturfest wusste die *«Ostschweiz»* zu berichten, dass man einen Delegierten der vorarlbergischen Turnvereine getroffen habe, der als Vater zweier waffenfähiger Söhne den Krieg mit *«ganzer feuriger Seele»* begrüßt habe. Für die Ostschweiz lautete das Fazit: *«Ehre solchem patriotischen Denken, es lebt noch schlichtes Heldentum im braven österreichischen Volke.»*⁵⁸ Und drei Tage später beschrieb ein Artikel ausführlich eine Fahrt mit dem Automobil durch das benachbarte Vorarlberg, die ein *«patriotisches Volk»* gezeigt habe, *«das sich edler Begeisterung für eine grosse Sache erwärmt, das sich seiner Eintracht freut, die vom Rhein bis zur Donau und ins weiteste Ungarn hinab sich so machtvoll manifestiert, und das würdig und mit ruhiger Gelassenheit den Ernst der Stunde erträgt und den kommenden Dingen ins Auge sieht.»*⁵⁹

Die Sympathien für den Nachbarn im Osten, wesentlich durch die vielen Deutschen und Österreicher und ihren vielfältigen Beziehungen zu den Einheimischen mitbe-

56 *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli 1914), *Morgenblatt*.

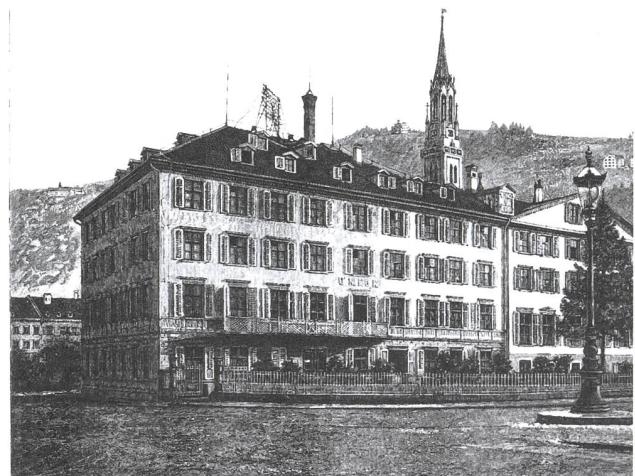
57 *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 178 (1. August), *Morgenblatt*: *«Die Stellung der Schweiz zum österreichisch-serbischen Krieg.»*

58 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 172 (27. Juli), *Morgenblatt*.

59 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914) Nr. 175 (30. Juli), *Abendblatt*.

stimmt, zeigten auch die ausführlichen Berichterstattungen von Ostschweiz und St. Galler Tagblatt über die Reise der Stadtsänger. Wie schon vor der Reise geplant, gab der Verein am Sonntag in Bad Gastein ein Konzert. Am Schluss intonierten die Sänger als Beigabe die österreichische Nationalhymne, «die vom gesamten Publikum stehend» angehört wurde. Gemeinderat Zöllig-Rohner brachte ein Hoch auf den österreichischen Kaiser aus, worauf die Stadtsänger ein zweites Mal die Nationalhymne anstimmten.⁶⁰ Dieser Haltung entsprach der Schluss der Berichterstattung in der Ostschweiz: «Gott möge es schützen, das herrliche Land Österreich, Gott mit seinem wackern, schönen Volke!»⁶¹

Keine Zustimmung fand der österreichisch-serbische Krieg in den linken Parteien, die marxistischem und pazifistischem Gedankengut nahestanden. Das Komitee der Demokratischen und Arbeiterpartei fürchtete die Schädigung «unserer ohnehin notleidenden Industrie» und war der Meinung, dass die österreichische Regierung einen neuen Gesslerhut aufgerichtet habe, um das kleine Serbien in die Knie zu zwingen und die sozialdemokratische «Volksstimme» hielt fest, dass durch «das verbrecherische Ultimatum Österreichs, das kein selbständiger Staat sich gefallen lassen könnte, der Krieg in bedrohliche Nähe gerückt» sei. Noch gebe es Hoffnung, «den Krieg auf die Länder Serbien und Österreich zu lokalisieren. Gelinge dies nicht, so wäre ein Weltfeuer entzündet, wie es die Weltgeschichte kaum jemals gesehen hat. Nicht notgedrungen, sondern mutwillig hat Österreich die Sache so weit getrieben.» Die Linke hoffte deshalb mit Berufung auf die menschliche Vernunft auf eine Begrenzung des Krieges und einen kurzen Waffengang ohne grosse Folgen.⁶²



Überall gab es erregte Diskussionen: «Im Löchlebad, Union [im Bild; Anm. ML], Hecht, Schiff, in der Walhalla war der Besuch ein sehr starker, alles fragte sich: Ist der Krieg da?». Quellen: St. Galler Tagblatt, 71. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli); St. Galler Geschichte, Bd. 6, S. 148.

«Der Krieg hat begonnen!»: Sturm auf Banken und Lebensmittelgeschäfte

«Der Krieg ist also jetzt wirklich da», stellte der Stadt-Anzeiger am 28. Juli etwas ungläubig fest, auch wenn die offizielle Kriegserklärung noch ausstehe. Für die Demokratische und Arbeiterpartei war es unbegreiflich, «dass die in Bregenz mit Pauken und Trompeten gefeierte Kriegsbegeisterung auch in St. Gallen ein Echo finden musste.» Trotz serbischer Verfehlungen rechtfertigte «das noch nicht die beabsichtigte schwere Züchtigung eines ganzen Volkes, von dem der grösste Teil auf den Titel der Rechtschaffenheit und Arbeitsamkeit Anspruch erheben kann.»⁶³ Und auch die Sozialdemokraten betonten, dass die Völker den Krieg «trotz der tumultartigen Ausschreitungen und Kundgebungen der Patrioten in so und so vielen Städten» nicht wollten. «Er ist ein Krieg der Kabinette, dessen Verantwortung auf Österreichs Regierung umso schwerer lasten wird, als Österreich zurzeit kein Parlament besitzt, sondern in absolutistischer Weise mit §14 regiert wird.»⁶⁴ Gleichzeitig erschien in allen St. Galler Zeitungen in Deutsch, Ungarisch, Kroatisch und Italienisch die «Kundmachung» des k.u.k. Konsulats an die Dienstpflchtigen, dass sie sich für die Reisekostenvergütung auf dem Konsulat an der Leonhardstrasse 14 melden sollten.⁶⁵

Wie in anderen Teilen der Schweiz reagierte ein erheblicher Teil der städtischen Bevölkerung auf den Beginn des österreichisch-serbischen Krieges mit einer «wahren Panik». Noch bevor die offizielle Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vorlag, begann der Run auf die Banken und die Lebensmittelgeschäfte; nach Ansicht des Stadt-Anzeigers vorderhand noch in unbegründeter Wei-

60 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli), Morgenblatt: Reise des Stadtsängervereins Frohsinn.

61 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 174 (18. Juli), Abendblatt: Der Stadtsängerverein Frohsinn auf Reisen.

62 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli), Erstes Blatt; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 172 (27. Juli): Der Bruch zwischen Österreich und Serbien. Vgl. auch Gentil (wie Anm. 2), S. 35: Auch in anderen Teilen der Öffentlichkeit hoffte man bis zum Schluss, dass sich der europäische Krieg abwenden lasse.

63 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli), Zweites Blatt; Nr. 174 (28. Juli), Zweites Blatt.

64 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 173 (28. Juli), Nr. 174 (29. Juli).

65 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 173 (28. Juli); Beispiel eines einrückenden Österreichers: Sulser, Hans: Vor 75 Jahren brach der Erste Weltkrieg aus. Erinnerungen und Gedanken, in: Werdenberger Jahrbuch 2, 1989, S. 132–134.

se>.⁶⁶ Quer durch alle politischen Lager riefen die Zeitungen dazu auf, ‹Ruhiges Blut› zu bewahren und ‹die Dinge nicht schwärzer› zu beurteilen, ‹als sie tatsächlich liegen›.⁶⁷ Die Mahnungen fruchten wenig: ‹Der Andrang auf die Volksbank und ganz besonders auf die Kantonalsbank› hielt am Donnerstag (30. Juli) unvermindert an: ‹Hunderte von Sparkasseneinlegern drängten sich an die Schalter. Bei der Kantonalsbank war der Andrang so stark, dass diejenigen, die ihre Einlagen zurückholen wollten, in sehr grosser Zahl auf dem Platze vor dem Bankgebäude sich drängend warteten.› Gemäss der Berichterstattung der Volksstimme waren es ‹ausnahmslos die kleinen Späner, die durch die Gerüchte von einem bevorstehenden mitteleuropäischen Krieg alarmiert worden waren und ihre bescheidenen Ersparnisse in Sicherheit (?) bringen wollten.›⁶⁸

Um den Run zu stoppen, publizierte die Kantonalsbank am Freitag, 31. Juli in allen Zeitungen ein Inserat, in dem sie 500 Franken als Belohnung für denjenigen aussetzte, ‹welcher ihr Urheber oder Verbreiter gegen sie gerichteter kreditschädigender Behauptungen so an die Hand geben, dass diese strafrechtlich verfolgt werden können›. Zugleich betonte sie, dass ‹nicht der geringste Grund› zu einer Beunruhigung bestehe und dass sie alle Guthaben (fällige und ungekündigte) ‹auf erstes Verlangen› ausbezahlt werden.⁶⁹

Das Inserat blieb angesichts der Unsicherheit der Lage ohne Wirkung, auch am Freitag wurden ‹die Geldinstitute überstürmt wie sonst nie. Besonders die Nationalbank hatte einen wahren Run auszustehen.› Wie in der Volksstimme zu lesen war, mussten die Türen mit Gewalt geschlossen werden, wenn wieder eine Schar ins Bankgebäude eingelassen worden war. Der Grund dafür war nun ein weiteres Problem. Angesichts der Kriegsgefahr misstrauten viele dem Notengeld. Man wollte deshalb die Banknoten in Metallgeld umtauschen und wer solches besass, hortete dieses, was zu Mangel an Münzen führte. Die Nationalbank gab nun einerseits 20-Franken Goldmünzen aus und anderseits die ‹nagelneuen› Zwanzigfrankennoten mit dem ‹Vreneli›-Symbol. Diese kleine Banknote mit einer besonderen nationalen Identitätsfigur war von der 1907 gegründeten Nationalbank für den Kriegsfall vorbereitet worden, um die Hortung von Goldmünzen zu verhindern und sie wurden nun auf Beschluss des Bundesrates in Umlauf gesetzt.⁷⁰

Da der Run über Tage anhielt, griff auch die Kantonsregierung ein. Das Finanzdepartement erliess am Nationalfeiertag einen ‹Aufruf an die Bevölkerung des Kantons St. Gallen›, in dem sie ‹den Ansturm auf die Banken und insbesondere auf die Sparkassen› angesichts der Bereitschaftsstellung der Armee als ‹gänzlich unbegründet und verkehrt verurteilte. Sie betonte, dass das ‹gesamte St. Gal-

lische Bankwesen› gut verwaltet sei und für alle Guthaben eine Überdeckung bestehe. ‹Das unmässige› Abheben von Geldern auf den Banken und ‹das Zurückbehalten und Verstecken derselben zu Hause› schadeten ‹dem Einzelnen und der Allgemeinheit›, weil es zum völligen Zusammenbruch der Wirtschaft führe. Mit Nachdruck bat das Finanzdepartement, ‹möglichste Zurückhaltung im Abheben von Geldern bewahren zu wollen, selbst dann, wenn die kritische Lage in wirklichen Kriegsfall übergehen sollte.› Zur Beruhigung betonte es zugleich, dass ‹nach den neuzeitlichen Grundsätzen des Völkerrechts das Privateigentum und insbesondere die Banken› auch im Kriegsfall unaufgetastet bleiben würden.⁷¹

Der behördliche Aufruf erzielte zwar einige Wirkung, die Schwierigkeiten der Banken im Zahlungsverkehr blieben aber. Die St. Galler Bankenvereinigung, der alle örtlichen Banken angehörten, sah sich am 5. August – der deutsche Einmarsch in Belgien hatte inzwischen eingesetzt – gezwungen, die Unternehmen um die Verschiebung der Zahltage zu ersuchen. Die Kunden sollten auf ‹Abhebung von Bargeldern und die Ausstellung von Checks zu Zahltagszwecken bis auf Weiteres Umgang zu nehmen›. Die Rückzahlungen wurden bei Sparkonten auf 50 Franken und bei Kontokorrentkrediten auf 100 Franken je Woche und Person bzw. Firma beschränkt.⁷²

Nun liess der nach Ansicht der Volkstimme lächerliche und verwerfliche Run erzwungenermassen nach. Zudem hatte am Montag zuvor eine kleine Notiz unter dem Titel ‹Die vorsichtige Frau› den Leserinnen und Lesern in den Zeitungen aller Couleur die Gefahren des Geldabhebens vor Augen geführt: ‹Einer Frau, welche ihre Ersparnisse von 300 Franken am Freitag bei der Kantonalsbank aus Vorsicht geholt hatte, wurde das Sümmchen am gleichen Abend gestohlen.›⁷³

66 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 175 (29. Juli), Erstes Blatt: Kriegsfurcht.

67 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 174 (29. Juli): Ruhiges Blut bewahren!; Nr. 176 (31. Juli): Ruhe und Besonnenheit; St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 175 (29. Juli), Zweites Blatt.

68 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 174 (29. Juli): Rückwirkungen; vgl. auch: Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchive, Tagebuch Haller.

69 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 177 (31. Juli), Morgenblatt; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 176 (31. Juli).

70 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 177 (1. August); www.snb.ch. (abgerufen am 10. August 2013).

71 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 177 (1. August): Aufruf an die Bevölkerung des Kantons St. Gallen; St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 178 (1. August), Abendblatt: Aufruf an die Bevölkerung des Kantons St. Gallen.

72 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August): Bankenmassnahmen.

73 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 179 (3. August), Erstes Blatt.

Gemäss St. Galler Stadt-Anzeiger zahlte die Kantonalfank in den aufgeregt Tag des Kriegsausbuchs an ihren Kassen 4,5 Millionen Franken aus.⁷⁴ Allmählich flossen die Gelder wieder zurück. Es blieb aber der Kleingeldmangel, d. h. der Mangel an Metallmünzen im Geschäftsverkehr, verstärkt durch das Misstrauen gegenüber den Noten der Nationalbank.

Aus Mittelknappheit, aber auch aus Angst vor Verlusten begannen die meisten Firmen und Geschäfte, die bisher ganz selbstverständlich für einen Warenbezug hatten anschreiben lassen, Bargeldzahlung zu verlangen.⁷⁵ Die Genossenschaftsbäckerei und die Brauerei Schützengarten (4. August), der Metzgerverband (10. August) und schliesslich der Detaillistenverband (18. August) informierten ihre Kunden über zwingende Barzahlung. In Zahlungsschwierigkeiten geriet auch der städtische Rabattsparverein, weil einerseits eine massenhafte Einlösung der *Markenbüchlein* einsetzte, anderseits aus dem Gut haben bei der Kantonalfank nur ungenügende Auszahlung erfolgte. Der Verein bat darum, die Einlösung aufzuschieben.⁷⁶

Um den Zahlungsverkehr zu normalisieren, hielt die Nationalbank am 12. August – bereits mitten in der zweiten Kriegswoche – in einem Inserat fest, dass sie seit dem 27. Juli sechzig Million Fünffrankenstücke, Scheidemünzen, kleine Noten zu 20 und 5 Franken ausgegeben habe. Die Geldmenge sei für die Bedürfnisse des Verkehrs mehr als ausreichend. An diese Feststellung schloss sie die Bitte an: *«Wir ersuchen das Publikum dringend, den Umlauf dieser ausserordentlich hohen Summe von kleinen Zahlungsmitteln nicht durch unnützes Aufspeichern zu hemmen.»*⁷⁷

Im Namen der Kantonsregierung mahnte auch der konservative Vorsteher des Finanzdepartements Johann Haußer (1853–1921) mit den verborgen gehaltenen Geld- und Zahlungsmitteln wieder hervorzurücken, sie den natürlichen Zahlungsvermittlungsstellen, d.h. den Banken wieder anzuvertrauen und damit diesen die Möglichkeit zu verschaffen, auch ihrerseits ihren Verpflichtungen nachzukommen und ihre Geldmittel dem Publikum, vorab

Die St. Gallische Kantonalfank bezahlt

Fr. 500 Belohnung

denjenigen, welche ihr Urheber oder Verbreiter gegen sie gerichteter kreditschädigender Behauptungen so an die Hand geben, dass dieselben strafrechtlich verfolgt werden können.

Sie erklärt das Bestimmtesten, dass nicht der geringste Grund zu irgendwelcher Beunruhigung für ihre Kreditoren vorhanden ist und wird wie bisanhin nicht nur fällige, sondern, unter reglementarischen Abzug, auch ungekündete Guthaben auf erstes Verlangen ausbezahlen.

St. Gallen, den 29. Juli 1914.

84596
Die Direktion.

«Heute Morgen war der Andrang auf die Volksbank und ganz besonders auf Kantonalfank ein ausserordentlich starker.» Dieser Panik versuchte die Kantonalfank mit Inseraten in den Zeitungen Gegenseuer zu geben. Quelle: St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 177 (31. Juli).

der Industrie als Trägerin des wirtschaftlichen Schwergewichtes, dann aber auch dem Handel und Gewerbe und dem Kleinverkehr zur Verfügung zu stellen.» Mit Nachdruck betonte er, dass die Bankeinleger nicht um ihre Guthaben fürchten müssten und dass die Nationalbank über die gleiche ausgezeichnete Deckung verfüge wie die Bank von England und die Deutsche Reichsbank. Ein Misstrauen gegenüber den Noten der Nationalbank sei deshalb ganz unbegründet.⁷⁸

Bis Ende September 1914 normalisierte sich der Zahlungsverkehr weitgehend, wobei sowohl die Aufrufe der Behörden als auch der grosse Erfolg der ersten eidgenössischen Anleihe von 30 Millionen mit einer Rentabilität von 5,45 Prozent⁷⁹ und die vorerst festgefahrene Lage auf den europäischen Kriegsschauplätzen für eine gewisse Beruhigung gesorgt haben dürften.

Parallel zum Bankenrun kam es zu einem ungewöhnlichen Andrang auf die Lebensmittelgeschäfte, obwohl in den Medien die Meinung vorherrschte, dass die Lebensmittelversorgung im Kriegsfall ausreichend gesichert sei. Von der Linken als *«Folge der Sensationsmache»* gewisser Blätter und übertriebener Kriegsfurcht verurteilt, wurden die Lebensmittelgeschäfte am Tag nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien geradezu überstürmt: *«Vor dem Mehl-Engros-Geschäft Wierer an der Marktgasse kam es gestern abend um 6 Uhr zu einem Volksandrang wie ihn St. Gallen kaum jemals aus ähnlichem Grunde erlebt haben dürfte. Alles wollte Mehl, Griess, Habermus ua. einkaufen. Schliesslich wurde der Laden, als die Sache immer bunter wurde, geschlossen. Die Leute konnten nur mit grosser Mühe aus dem Laden hinausgedrängt werden.»*⁸⁰

«Dutzende und Hunderte von Familien» machten grosse Einkäufe von Lebensmitteln aller Art. Einzelne Lebensmittelgeschäfte waren lange Zeit förmlich belagert.» Fili-

74 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 214 (12. September), Zweites Blatt.

75 Vgl. zum Anschreiben lassen: Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchive, Tagebuch Haller.

76 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 179 (4. Juli), Inserat Rabattsparverein.

77 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 188 (12. August), Morgenblatt, Inserat.

78 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 190 (17. August).

79 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 191 (18. August), Inserat.

80 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 175 (30. Juli): Folgen der Sensationsmache; St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 177 (31. Juli), Morgenblatt.



Eine «nagelneue» Zwanzigfrankennote mit dem «Vreneli»-Symbol. Trotz der besonderen nationalen Identitätsfigur war das Misstrauen gegenüber den neuen Noten gross. Quelle: www.snb.ch.

alen des Konsumvereins hatten am Dienstag und Mittwoch gewisse Waren wie Böhnli, Habermehl, Griess, Reis, Zucker, völlig ausverkauft; eine Familie vom Lande kam mit Ross und Wagen vor ein Lebensmittelgeschäft. Daneben wurden Hunderte von schriftlichen und telefonischen Bestellungen aufgegeben.» Die Volksstimme bezeichnete die drohende «Vermehrung des Profits durch die Kriegsfurcht der Leute» als «etwas ganz Verwerfliches» und die Ostschweiz riet am 31. Juli zu «Ruhe und Besonnenheit» mit dem Hinweis, dass man noch lange nicht von einem Krieg sprechen könne.⁸¹

«Ganz Europa in Waffen!»

So sehr die «Kriegsfurcht» das städtische Leben zu beherrschen begann, so sehr war man auch von der Hoffnung getragen, der Krieg bleibe ein lokaler Konflikt. Ganz besonders die Sozialdemokraten und Demokraten waren überzeugt, dass die Vernunft siegen werde. Die Volksstimme vertrat am 29. Juli die Meinung: «Es darf mit Sicherheit angenommen werden, dass der Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt bleibt. Zu grösserer Beunruhigung der schweizerischen und St. Gallischen Bevölkerung fehlt also jeder Anlass.»⁸² Diese Position bekräftigte das Blatt zwei Tag später, indem es in der Betrachtung der internationalen Lage zum Schluss kam, «dass weder Deutschland noch England und viel weniger Frankreich und Italien einen grossen Krieg auf dem Kontinent wollen.»⁸³

Gegen den Krieg in Serbien, den man als eine Barbarei verurteilte, er hob die Volksstimme im Namen des Proletariats «flammenden Protest» und betonte «in der Verbindung der arbeitenden Klasse aller Länder jene Macht zu schaffen, die den Kriegstreibern auf Europas Thronen das blutige Handwerk legt.»⁸⁴ Zugleich rief die Arbeiterunion St. Gallen zusammen mit den Sozialdemokratischen Parteien Gross-St. Gallens auf den «nächsten Montag abend

8 Uhr im Schützengarten» zu einer «öffentlichen Versammlung» auf mit dem Thema «Gegen den Krieg für den Völkerfrieden». Als Referenten sollten die Genossen Generalsekretär Rimathe und Ständerat Heinrich Scherrer auftreten und man forderte alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf, «für die Veranstaltung eine lebhafte Propaganda zu entfalten».⁸⁵

Doch die Hoffnungen der Linken wurden im Verlaufe des Freitags und Samstags jäh zerschlagen. Auf der internationalen Ebene erfolgten am 30. Juli die Gesamtmobilmachungen der russischen und österreichisch-ungarischen Heere. Am 1. August 1914 erklärte das Deutsche Reich Russland den Krieg, am 3. August folgten die Kriegserklärung an Frankreich und der deutsche Einmarsch in Luxemburg und Belgien. Der «Riesenkrieg» war Wirklichkeit geworden. Der Bundesrat ordnete am 31. Juli die Pikettstellung der Armee an und erliess am 1. August die allgemeine Mobilmachung. Zwei Tage später erteilte die Bundesversammlung dem Bundesrat «unbeschränkte Vollmachten» zur Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz und wählte auf starken Druck von Bundesrat Arthur Hoffmann Ulrich Wille (1848–1925) zum General.⁸⁶

Laut den Zeitungsberichten übten die internationalen Geschehnisse «auf die hiesige Bevölkerung» eine «ausserordentliche» Wirkung aus: «Die Extrablätter wurden mit einer Gier sondergleichen entgegengenommen und eifrig diskutiert.»⁸⁷ Die kantonale Regierung erliess am Freitag, 31. Juli das Aufgebot des bewaffneten Landsturms für den folgenden Tag 14 Uhr an den dafür bestimmten Sammelpunkten. Am Morgen des 1. August hingen überall «Militärbekleidungsstücke» zu den Fenstern heraus, eine Reihe von Gebäuden war beflaggt und als um 14 Uhr das Einrücken der «wackeren Landsturmmannen» auf dem Klostergarten begann, begleitete «eine gewaltige Menschenmenge die einrückenden Soldaten». Wie die Ostschweiz zu berichten wusste, waren die «Vaterlandsverteidiger» alle ohne Ausnahme guten Mutes und sind in gehobener Stimmung der Mobilmachungsordre nachgekommen.⁸⁸

81 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 175 (30. Juli); Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 176 (31. Juli): Ruhe und Besonnenheit.

82 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 174 (29. Juli).

83 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 176 (31. Juli).

84 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 174 (29. Juli).

85 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 176 (31. Juli).

86 Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. 2, Zürich 1977, S. 1125 f.; Altermatt (wie Anm. 48), S. 302; Maissen, Thomas: Geschichte der Schweiz, Baden 2010, S. 240 f.

87 Die Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 177 (1. August).

88 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 178 (3. August), Morgenblatt; Thürer (wie Anm. 6), S. 475.

Die rund 1000 Soldaten, welche den Verkehr sicher zu stellen und Bewachungsaufgaben an Grenzen und Bahnhöfen zu übernehmen hatten, fassten je 120 Schuss Munition und wurden anschliessend vereidigt. In pathetischen Worten schilderte das St. Galler Tagblatt die Vereidigung: ‹Totenstille herrschte über den Männern, die ihr Haupt entblösst und das Gewehr bei Fuss hatten. Und alle Bürger ringsherum nahmen die Hüte ab. Arbeiter und Herr, Alte und Junge. Dann drang es ernst und stark über den Hof, das heilige ‹Ich schwöre es! Und die Wehrmänner erhoben die Rechte und schworen unterm Abendhimmel des Bundestages den Treueschwur des Soldaten dem Vaterlande.⁹⁹ Auch für den Berichterstatter in der Volksstimme war es ‹ein feierlicher Moment, der ‹einen im Innersten erfasste, als diese Männer, von denen wohl keiner gedacht, dass er in so ernsten Zeiten fürs Vaterland ins Feld ziehe müsse, den Eid leisteten.⁹⁹ Über alle Parteigrenzen hinweg feierten die politischen Lager die nationale Einheit und wer sich nicht ordnungsgemäss verhielt, bekam den Volkszorn zu spüren. Einem jungen Mann, der zu Beginn der Vereidigung ‹demonstrativ die Kopfbedeckung› aufzuhalten hatte, schlug die Menge diese herunter und anschliessend wurde er von einem ‹städtischen Wachtmeister verhaftet und mit Hilfe von Zivilisten kurzerhand vorläufig ins Feuerwehrdepot gesperrt.⁹¹

Die Zelebrierung nationaler Einheit setzte sich am Abend an der Bundesfeier auf dem Klosterhof fort. Wegen der Abwesenheit vieler Sänger hatten die Vereine Ende Juli ausdrücklich auf eine gemeinsame Bundesfeier verzichtet, aber die Stadtmusik und der Männerchor Harmonie sprangen in die Lücke und kündeten am 28. Juli – dem Tag der österreichischen Kriegserklärung – die Abhaltung einer Feier an. Während die ebenfalls geplanten Veranstal-

tungen in Bruggen und Tablat angesichts der politischen Ereignisse abgesagt wurden, nahmen an der Feier im Klosterhof zwischen 8000 und 10 000 Personen teil. Nach Vorträgen der Stadtmusik und dem programmatischen Lied ‹Alle für einen – einer für alle› fand der liberal gesinnte Vorsteher an der städtischen Mädchenrealschule Johannes Brassel (1848–1916), der als bekannter Festredner galt, ‹für sein hochpatriotisches Wort ein geradezu andächtiges Auditorium.⁹² Er schloss seine Ausführungen mit dem Ausruf: ‹Dem Vaterland unser Herz! Ihm unsere Liebe! Dem Vaterland, das Gott vor bösem Übel schützen und segnen möge, unser Hoch!⁹³ Die dreissigjährige Telefonistin Hedwig Haller sprach in ihrem Tagebuch von einem unvergesslichen Erlebnis.⁹⁴

Wie in den Nachbarstaaten war die patriotische Begeisterung die einigende Kraft in der Stadtbewölkerung, die alle gesellschaftlichen, konfessionellen und politischen Gegensätze zu überwinden schien. Doch jenseits des betonten Gemeinschaftsgefühls am Nationalfeiertag stellte sich in den verschiedenen politischen Lagern die Frage, wie man sich zu den Kriegsparteien stellen und wie man die bevorstehenden Aufgaben bewältigen wollte.

«Wir sind aufrichtiger Freund Deutschlands»

Das freisinnige St. Galler Tagblatt, das im städtischen Umfeld einen grossen Leserkreis ansprach, war schon am 27. Juli der Ansicht, dass man unter ‹dem grossen Kampf› den ‹Kampf des Deutschtums gegen die Feinde im Osten und Westen erblicken› müsse. Für die Zukunft erhoffte man den ‹Sieg der gerechten Sache› und dass das, ‹was deutscher Zunge ist, einig dasteht in schicksalsschweren Tagen.⁹⁵

Die Parteinahme wurde noch deutlicher, als das Deutsche Reich tatsächlich in den Krieg eintrat und die Deutschen zum Einrücken aufgefordert wurden. Mit grosser Sympathie berichtete das Organ der freisinnigen Partei am 4. und 5. August aus St. Gallen und Rorschach von der Heimreise deutscher Wehrpflichtiger. Einem vom Marktplatz zum Bahnhof marschierenden Trupp singender Zivilisten, angeführt von einem Deutschen mit preussischer Offiziersmütze, wurde ‹von der St. Galler Bevölkerung ein warmer Abschied gegeben.⁹⁶ In ihrer Analyse des europäischen Krieges kam das Tagblatt zum Ergebnis, dass nicht Frankreich der friedlich gesinnte Teil gewesen sei, sondern Deutschland. Der Einmarsch in Belgien sei zwar ein Unrecht. ‹Aber Deutschland beging es, weil bei seinem Unterlassen das Gleiche von Frankreich zu befürchten gewesen wäre.⁹⁷ Für einen grossen Teil des freisinnigen Bürgertums handelte das Deutsche Reich bei seinem geforderten Durchmarsch durch Belgien aus Notwehr und weit verbreitet war die vom ‹Rheintaler› Mitte August

⁹⁹ St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 179 (2. August), Extra-Ausgabe.

⁹⁰ Volksstimme, 10. Jg. (1914), 2. August, Extra-Ausgabe.

⁹¹ St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 179 (3. August), Erstes Blatt.

⁹² St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 174 (28. Juli), Erstes Blatt, Inserat; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 175 (30. Juli), Inserat; Johannes Brassel. *Dem Andenken unseres Kollegen und Freunden*, St. Gallen 1917, S. 14.

⁹³ St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 180 (3. August), Morgenblatt; vgl. auch: Torgler, Ernst: *Der Männerchor Harmonie St. Gallen 1821–1921. Jubiläumsschrift zur Feier des 100jährigen Vereinsbestandes*, St. Gallen 1921.

⁹⁴ Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchive, Tagebuch Haller.

⁹⁵ St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 173 (27. Juli), Morgenblatt.

⁹⁶ St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 181 (4. August), Morgenblatt; Nr. 182 (5. August), Morgenblatt.

⁹⁷ St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 183 (6. August), Morgenblatt; *Der europäische Krieg*; vgl. gleichlautend: *Der Rheintaler*, 45. Jg. (1914), Nr. 92 (8. August); *Der europäische Krieg*; vgl. auch Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchive, Tagebuch Haller.



Von «ungewöhnlichem Andrang» des Publikums war auch das Kaufhaus Julius Brann an der Ecke Multergasse/Marktgasse betrofen. Quelle: Ernst Ziegler, St. Gallen: Bank Thorbecke, 1994.

«mit aller Deutlichkeit» vertretene Position, «dass Deutschland von friedlichen Absichten beseelt war und dass der von langer Hand vorbereitete Krieg Russlands, Englands und Frankreichs gegen Deutschland ein unerhörtes Verbrechen gegen die europäische Kultur bedeutet.»⁹⁸

Dieses verbrecherische Verhalten dem Deutschen Reich gegenüber untermauerte schliesslich die Kriegsberichterstattung aus Belgien, die ausführlich «völkerrechtlich nicht zulässige Greuelataten» der Zivilbevölkerung an deutschen Soldaten schilderte. So hätten sich Weiber und junge Mädchen am Kampf beteiligt, Verwundeten seien Augen ausgestochen worden und einem einquartierten Soldaten habe man nachts die Kehle durchschnitten. Die deutschen Soldaten seien mit allem konfrontiert, «was sie sonst nur in den Negerkämpfen erlebten».»⁹⁹

Eine ähnliche Position vertraten die konservativen Kreise, welche zuvor schon für Österreich-Ungarn Stellung bezogen hatten. Die Ostschweiz sah in der «totalen Mobilisation Russlands» eine «Herausforderung schärfster Form. Kaiser Wilhelm zeigte bisher, dass er ein Friedensfürst ist.

Nun soll Russland auch erfahren, dass dieser Abkommen Friedrich des Grossen ein Kriegsfürst sein wird.»¹⁰⁰ Den Angriff auf Belgien verurteilte die Ostschweiz zwar als Unrecht, «mögen unsere Sympathien noch so enge mit Deutschland und Österreich verbunden sein». Man beliess es aber bei einem Bedauern, «denn wir sind aufrichtiger Freund Deutschlands, dessen Grösse und Stärke wir bewundern, dessen Tugenden wir freudig anerkennen, dessen Fahnen wir siegreiche Heimkehr in die Heimat wünschen».»¹⁰¹

Demokraten und Sozialdemokraten, die bis zuletzt auf die Lokalisierung des Krieges gehofft hatten, machten – wie die anderen politischen Gruppierungen – für die Auslösung des Krieges Russland verantwortlich, sahen die Hauptschuld aber «im kühl gewissenlosen österreichischen Imperialismus» auf dem Balkan.¹⁰² Angesichts des Kriegsbeginns stellte sich die städtische Linke diskussionslos hinter die Landesverteidigung und sagte die auf Montag, den 3. August, angesetzte Versammlung «Gegen den Krieg und für den Völkerfrieden» ab.¹⁰³ In Anlehnung an die schweizerische Partei vertrat man die Auffassung, dass die momentane Entwicklung grauenhaft sei, dass sie aber das Ende der kapitalistischen Herrschaft bringen werde: «Sieger in dem blutigen Ringen wird letzten Endes der Sozialismus sein.»¹⁰⁴

Baute man wie der Führer der sozialdemokratischen Grossratsfraktion Johannes Huber (1879–1948) ideologisch auf die aus dem Marxismus abgeleitete Gewissheit, dass nur die «sozialistische Kultur» die Garantie des Friedens bringen könne¹⁰⁵, so machte man sich im Alltag ganz pragmatisch an die Bewältigung sozialer Nöte. Am 2. August forderten Arbeiterunion und Sozialdemokratische Partei alle, die Hilfe benötigten, auf, sich an das Arbeitersekretariat zu wenden, denn «in dieser schweren Zeit» sei es die «vornehmste Pflicht, «ratend, helfend und lindernd einzugreifen.»¹⁰⁶ Die Volksstimme berichtete

98 *Der Rheintaler*, 45. Jg. (1914), Nr. 97 (19. August): *Allerlei Betrachtungen*; vgl. auch das Ergebnis bei Gentil (wie Anm. 2), S. 56: *Man missbilligte den Einmarsch ins neutrale Belgien, dies tat den Sympathien gegenüber den deutschen Nachbarn aber keinen nennenswerten Abbruch.*

99 *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 188 (12. August), *Morgenblatt: Zur Kriegslage*.

100 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 179 (4. August), *Morgenblatt*.

101 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August), *Abendblatt: Die Stille vor dem Sturme*; vgl. auch, Gentil (wie Anm. 2), S. 52–60: *Dort wird die ganze Breite der Diskussion zum Angriff auf Belgien dargestellt.*

102 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 190 (19. August): *12 Tage Krieg*.

103 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 177 (1. August).

104 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 178 (3. August).

105 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 177 (1. August).

106 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), 2. August, *Extra-Ausgabe*.

von ‹herzzerbrechenden› Szenen, die sich am Bahnhof abspielten. ‹Und noch ist das Gros der Militärs nicht eingrückt. Wenn die Kriegshetzer und Kriegsanstifter für all diese Schmerzen und Tränen sich verantworten müssten, dann wären die grössten Qualen der Hölle für sie noch zu klein.›¹⁰⁷

›Wie Helden nach siegreicher Schlacht‹

Nach dem Mobilmachungsbefehl herrschten in ‹Gross-St. Gallen› patriotischer Überschwang, aber auch wilde Diskussionen, Unruhe und Unsicherheit. Die Stellungspflichtigen der anderen Nationen verliessen die Stadt, schweizerische Offiziere aus dem Ausland reisten mit dem Nachzug an.¹⁰⁸ Nachdem am Sonntag unter Androhung kriegsrechtlicher Strafen bereits die Vormusterung der Pferde und Wagen auf dem Grossacker St. Fiden vorgenommen worden war, begann am Dienstag, 4. August die Mobilisation der Füsilierbataillone 78, 81 und 82 auf der Kreuzbleiche vor der Kaserne. ‹Schlag neun von St. Othmar, und der Aktivdienst nahm mit dem Verlesen den Anfang›, so halten es die Erinnerungen des Füsilierbataillons 78 fest. ‹Neu kam in diesem Dienst hinzu das Fassen der neuen Gewehre, der 120 scharfen Patronen, der Erkennungsmarken, der individuellen Verbandspäckchen, alles Dinge, die den Ernst der Situation zum Ausdruck brachten.›¹⁰⁹

Die Mobilmachung, die reibungslos verlief, wurde am 5. August mit der Fahnenübergabe und der Vereidigung abgeschlossen. Sämtliche in St. Gallen mobilisierten Truppen formierten sich vor der Kaserne zum Carré. Der freisinnige Landammann Alfred Riegg (1863–1946) griff in seiner Ansprache auf das Bild einer schönen und gut verwalteten Eidgenossenschaft mit ‹herrlichen Bergen und Seen›, ‹blühenden Städten und Dörfern› zurück und stellte dann fest: ‹Alle diese Kleinodien verdienen es, dass ihnen gegenüber das eigene Ich in den Hintergrund trete, und dass man ernsten Willens ist in der Stunde der Ge-

107 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 178 (3. August).

108 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 180 (4. August), Erstes Blatt.

109 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 178 (3. August).

110 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 182 (6. August), Erstes Blatt.

111 *Die 7. Division. Von der 7. Armeedivision zur Felddivision 7. Beiträge zur Geschichte der Ostschweizer Truppen*, Herisau 1988, S. 59–61.

112 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 180 (4. August), Erstes Blatt; *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 179 (4. August), Morgenblatt.

113 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 183 (7. August), Erstes Blatt: Ein verdächtiges Auto.

114 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 179 (4. August), Morgenblatt.

Die Kriegswirren

haben unsere Lebensmittel-Vorräte in den vom Publikum am meisten begehrten Artikeln erheblich reduziert. — Einige Lieferanten haben die Notlage in schroßer Weise ausnutzen wollen und derartig hohe Aufschläge verlangt, die in absolut keinem Verhältnis zu der jetzigen Lage stehen, sodass wir es lieber vorgezogen haben, von neuen Zufuhren vorläufig abzusehen.

Heute frisches Obst zu billigsten Preisen.

In den nächsten Tagen sind unsere Lager wieder vollständig komplettert, und wenn auch die Zufuhr aus dem Ausland zum Teil unterbunden ist, so sind die **meisten wichtigen Artikel** der Lebensmittelbranche, für die allerdings angesichts der kritischen Lage **Kleinere Aufschläge** verlangt werden, noch immer genügend im Lande selbst zu erhalten.

Wir werden sofort unsere billigen Preise veröffentlichen, sobald die fehlenden Waren wieder komplett eingetroffen sind.

[35087]

Julius BRANN & Cie.

Alle Waren sind netto ohne Sparmarken. Verkaufszeit bis auf weiteres: 1/2 8—1/2 1 Uhr
2—7 "

Information an die Kunden angesichts drohender Versorgungsschwierigkeiten. Quelle: *St. Galler Tagblatt*, 71. Jg. (1914), Nr. 184 (7. August; Morgenausgabe).

fahr nur der Allgemeinheit zu dienen.¹¹⁰ Anschliessend nahm er den Eid ab und das gemeinsam gesungene Lied ‹O mein Heimatland, o mein Vaterland› beendigte die Feier. Allgemein herrschte unter den Soldaten eine gehobene Stimmung, die sich auch beim Auszug aus der Stadt zeigte: ‹Wie wurden da angesichts der gewaltigen Zuschauermenge die Köpfe hoch getragen, wie Helden nach siegreicher Schlacht.›¹¹¹

Ausdruck der allgemein aufgeheizten Stimmung waren die sich jagenden Gerüchte und Verdächtigungen. Während auf dem Klosterhof und der Kreuzbleiche die Mobilisation abließ, meldete der Stadtanzeiger die Verhaftung eines Italieners, ‹der sich in verdächtiger Weise an der Brücke der Bodensee-Toggenburgbahn zu schaffen gemacht hatte.› Nach einer wilden Verfolgungsjagd war er festgenommen worden und sollte angeblich versucht haben, bei der ‹Brücke Dynamitpatronen› zu legen.¹¹² Die ganze Geschichte stellte sich dann aber als völlig harmlos heraus. Am 7. August wurde – wiederum nach Meldung des Stadt-Anzeigers – der Posten Lachen-Vonwil telefonisch wegen eines verdächtigen Autos alarmiert. Die Fahrer hatten, als eine Militärpatrouille das Auto anhalten wollte, mit Schüssen geantwortet. Der Posten errichtete darauf eine Strassensperre, allerdings ohne Erfolg, da das Auto nicht mehr auftauchte. Der Fall blieb ungelöst, geheimnisvoll bemerkte der Stadt-Anzeiger: ‹Im Auto sollen sich einige Herren und eine Dame befunden haben...›¹¹³

Zur Unsicherheit trugen auch die mit den Mobilmachungen einsetzenden Migrationsbewegungen bei. ‹Hunderte, und hunderte von Männern in den besten Jahren› eilten zu den Fahnen, aber auch viele Familien, welche als Folge der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen keine Einkommen mehr hatten, verliessen die Stadt.¹¹⁴ Gemäss den An-

gaben des städtischen Fremdenpolizeibüros meldeten sich vom 1. bis 5. August 824 Personen ab; insgesamt nahm die städtische Bevölkerung im Monat August um 1350 Personen (ca. 4 Prozent) ab.¹¹⁵ Von dieser Abwanderung besonders betroffen, waren die italienischen Staatsangehörigen, weil Italien im Ausland keine Unterstützung an mittellos gewordene Landsleute ausrichtete. Für die deutschen und österreichischen Staatsangehörigen sorgten einerseits die Hilfsvereine, anderseits leisteten die Heimatstaaten aufgrund ihrer Abkommen mit der Schweiz Unterstützungszahlungen. Der deutsche Hilfsverein betreute Ende August ca. 400 Frauen mit 650 Kindern.¹¹⁶

Die Abwanderung italienischer Arbeitskräfte hatte bereits im Juni eingesetzt, verschärfe sich aber erheblich als Folge des Kriegsbeginns. Viele Italienerinnen und Italiener erhielten aufgrund ihrer Mittellosigkeit den Ausweisungsbefehl.¹¹⁷ Am 5. August ging ein ganzer Bahnzug, besetzt mit italienischen Arbeiterfamilien, nach dem Gotthard. Die Kosten für den Transport nach Chiasso übernahm gemäss Abkommen die italienische Gesandtschaft.

Die Volksstimme sprach von einem «Bild des Elends, diese auf ihre Gepäckstücke und Habseligkeiten gekauerten Frauen und zerlumpten Kinder zu sehen».¹¹⁸ Die wegen ihrer schlechten Wohnverhältnisse kritisierten Italienerviertel in der Stadt und in Tablat entleerten sich schlagartig. Mit einer gewissen Erleichterung stellte das St. Galler Tagblatt fest, dass sich die Italiener sehr gut benommen hätten.¹¹⁹ Die Telefonistin Hedwig Haller bezeichnete die Abreise der Italiener in ihrem Tagebuch «eine Erlösung», da es jetzt genug eigene Leute zu unterstützen gelte.¹²⁰ Insgesamt liess das italienische Konsulat in St. Gallen im August aus seinem Gebiet etwas mehr als 24 000 Italiener nach Italien befördern, davon 7000 aus Gross-St. Gallen, darunter viele, die schon seit Jahrzehnten in St. Gallen gelebt und kaum mehr Bezug zu Italien hatten, oder Schweizerinnen, welche durch die Heirat mit einem Italiener ihr Bürgerrecht verloren hatten.¹²¹

«Alle für einen, einer für alle»

In der Abwanderung der Italienerinnen und Italiener kündigten sich die vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme an, welche mit der Mobilisation geschaffen wurden und gelöst werden mussten. Am intensivsten mit den sozialen Fragen konfrontiert wurde Theodor Koch, Leiter des Arbeitersekretariats. Am 5. August berichtete er in der Volksstimme über seine Erlebnisse der vergangenen Woche: «Es zerrißt einem fast das Herz ob all dem Jammer, den Klagen, den bangen Sorgen, die auf dem Sekretariat zum Ausdruck kamen: von den Genossen, die in den Krieg ziehen, dem ungewissen Schicksal entgegen und ihre Lieben – Frauen, Kinder, El-

Männerchor Harmonie Stadtmusik St. Gallen.

Bundesfeier

Samstag, 1. August, abends 8^{3/4} Uhr, auf dem Klosterhof

Programm:

1. Stadtmusik:	Eidg. Schützenfestmarsch St. Gallen 1904	K. Haubold
2. Harmonie:	a) Schweizerpsalm b) Schweizerheimweh	Alb. Zwyssig Jul. Maier
3. Rede von Herrn Johs. Bräsel		
4. Harmonie:	a) Alle für Einen – Einer für Alle b) Das weisse Kreuz im roten Feld	K. Flitner K. Attenhofer
5. Stadtmusik:	Zwischen Jura und Alpen, Potpourri	v. Rohde
6. Allgemeiner Chor:	Rufst du, mein Vaterland.	

Zu dieser nur bei günstiger Witterung stattfindenden Feier laden die Bevölkerung herzlich ein (Z G 1689) [3457]
Die Vorstände der beiden Vereine.

Aufruf zur Bundesfeier. Quelle: St. Galler Tagblatt, 71. Jg. (1914), Nr. 178 (1. August; Morgenausgabe).

tern – zurücklassen müssen, in banger Sorge, dass nicht bloss der furchtbar schwere Abschied, sondern auch die als Kriegsfolgen kommende Not und Elend sie niederdrücke».¹²²

Parallel zum Ansturm der Hilfesuchenden waren die Arbeiterorganisationen durch die Mobilisierung der Truppen mit gravierenden organisatorischen Problemen konfrontiert. Sowohl bei den christlich-sozialen Gewerkschaften als auch bei Arbeiterunion nahm die Mitgliederzahl als Folge der Abreise deutscher, österreichischer und italienischer Stellungspflichtiger markant ab, einzelne

115 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August 1914); St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 217 (15. September), Abendblatt: Abnahme der Bevölkerung St. Gallens.

116 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August): Hauptversammlung Österreichverein; Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 201 (31. August): Deutscher Hilfsverein; Debes, R.: Fünfzig Jahre Deutsche freiwillige Fürsorge in St. Gallen. Erinnerungsschrift im Auftrage des Vorstandes des Deutschen Hilfsvereins, St. Gallen 1928; vgl. auch: Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchive, Tagebuch Haller.

117 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August).

118 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 181 (6. August).

119 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 186 (10. August), Morgenblatt.

120 Staatsarchiv St. Gallen, Privatarchiv, Tagebuch Haller.

121 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 221 (21. September), Zweites Blatt; Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 216 (17. September), Abendblatt, Lokales; Thürer (wie Anm. 6), S. 477.

122 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August): Aus dem Arbeitersekretariat.

Sektionen verloren ganze Vorstände.¹²³ Um die gravierenden organisatorischen und sozialen Fragen anzugehen, versammelten sich das christlich-soziale Kartell am Dienstag, 4. August, und alle Delegierten der Arbeiterunion nach mehreren Vorbesprechungen am Mittwoch, 5. August.

Das christlich-soziale Kartell wünschte den vielen unter deutsche und österreichische Fahnen gefolgten «Mitbrüdern», dass «Gott der Allgütige» sie nach «den harten Tagen des Kampfes für Recht und Vaterland» wieder «zurücksenden» möge. Allen zurückgebliebenen Mitgliedern und ihren Familien sollte durch die christlich-sozialen Arbeitersekretariate mit Rat und Tat geholfen werden. Als besondere Hilfsaktion stellte man den Wöchnerinnen, «insofern sie bedürftig sind», gratis Pflegerinnen in Aussicht. Für die «richtige Wegleitung und Orientierung in diesen schweren Tagen» rief das Kartell sämtliche Organisationen zu einer grossen Versammlung ins Kasino zusammen, an welcher der Gründer und langjährige Zentralpräsident der christlich-sozialen Organisationen, Alois Scheiwiller (1872–1938), über den «Europäischen Krieg und seine Konsequenzen» sprechen sollte.¹²⁴

Am Mittwoch folgte die ausserordentliche Delegierten- und Vorständekonferenz der Arbeiterunion.¹²⁵ Nach einem Gedenken an Jean Jaurès (1859–1914), dem «einflussreichsten Vorkämpfer unserer internationalen Arbeiterbewegung», der dem «Meuchelmorde eines ruchlosen nationalistisch verhetzten Mordbuben zum Opfer gefallen» sei, folgte ein Referat von Ständerat Heinrich Scherrer zur Weltlage. Für die weitere Arbeit beschloss die Versammlung, die Vorstände möglichst schnell wieder herzustellen, ein Verzeichnis aller Familien zu erstellen, deren Männer in den Dienst eingezogen worden waren, die Unterstützung von Arbeitslosen zu organisieren und besonders armen Familien und Wöchnerinnen Unterstützungen zu gewähren.¹²⁶

Für die weitere Politik von Arbeiterunion und Sozialdemokratischer Partei galt, was Ständerat Heinrich Scherrer in seinem Referat in den Mittelpunkt gestellt hatte, dass



Restaurant.

Volksküche St. Gallen, 1918. Ausser der Volksküche am Gallusplatz entstand im August und September 1914 eine Reihe weiterer Suppenanstalten, die zu günstigen Bedingungen Speisen abgaben.
Quelle: StaatsA St. Gallen.

alle «jetzt Opfer für das Vaterland bringen» müssten. Dies hieß in den folgenden Wochen, dass man zwar weiterhin Missstände bei Unterstützungsmassnahmen, Entlassungen oder Arbeitsbedingungen kritisierte, sich zugleich aber hinter die Landesverteidigung stellte und durch die aktive Mitarbeit in der Bekämpfung der Not der ärmeren Bevölkerungsschichten die nationale Einheit stärken wollte. «Unsere Partei denkt in diesen schweren Zeiten nicht an all das Leid, das man ihr angetan, an all die Vergewaltigungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, an all die Schmähungen und Verfolgungen, die sie zu erdulden hatte», führte die Volksstimme am 19. August aus. «Für sie gilt es auch jetzt, die Pflicht im Kampf für das Volk, für die Freiheit des Landes zu erfüllen. Und gerade unsere Genossen werden dies Pflicht am eifrigsten leisten, da ihr ganzes Leben ein Kampf fürs Volkswohl ist.»¹²⁷

Bei ihren Appellen beriefen sich die Vertreter der städtischen Arbeiterschaft auf den in der Kuppel des Bundeshauses festgehaltenen Schweizer Wahlspruch «Einer für alle alle für einen», der in den Tagen der Mobilisierung hundertfach in allen Reden wiederholt worden war. Dieser Wahlspruch war die Grundlage, um einerseits mehr soziale Gerechtigkeit zu fordern und anderseits jene Erscheinungen zu kritisieren, die gegen diesen Grundsatz verstießen. Als Instrument nutzte die Volksstimme dabei die öffentliche Anprangerung der Fehlbaren, um eine politische Korrektur zu erwirken. So drohte sie, den Namen eines Lehrers öffentlich bekannt zu machen, der einer Frau, welche den Mietzins wegen des Einrückens ihres Mannes schuldig geblieben war, eine Lampe weggenommen hatte, oder sie kritisierte unter dem Titel «Eine Ehrenmeldung» die Firma Schaeffer & Cie., Davidstr. 57, die «unter kleinlicher Berechnung schäbiger Abzüge» die ganze Belegschaft «kaltherzig auf die Gasse gestellt» hatte.¹²⁸

123 Holenstein, Dieter: *Die christlich-soziale Bewegung der Schweiz und der Landesstreik 1918: die landesweite Arbeitsniederlegung am Ende des Ersten Weltkrieges aus dem Blickwinkel einer Minderheitsorganisation der schweizerischen Arbeiterschaft*, Kirchberg 1983, S. 89–91.

124 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August), *Morgenblatt*.

125 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 179 (4. August).

126 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

127 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 191 (19. August): *Was Sozialdemokratie jetzt bedeutet*.

128 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 199 (27. August).

Diese Methode konnte allerdings auch in die Irre gehen. So nahm die Volksstimme einen Alt-Gemeinderat ins Visier, der sich um die Militärsuppe gedrängt habe «wie die Arbeitslosen, die es viel nötiger hätten.¹²⁹ Es stellte sich dann aber heraus, dass der betreffende Alt-Gemeinderat die Suppenaktion wesentlich unterstützt hatte. Die Volksstimme musste ihre Vorwürfe offiziell zurücknehmen.¹³⁰

Wichtiger als die Aufdeckung unsolidarischen Verhaltens war der linken Stadtpartei das verstärkte Eingreifen des Staates zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten. Bereits am 3. August – an der französischen Grenze hatten gerade die Kämpfe begonnen – suchte die sozialdemokratische Fraktion beim Stadtrat um eine ausserordentliche Gemeinderatssitzung nach, «damit dieser über die Hilfsaktion für die durch die Kriegswirren arbeitslos und ihrer Ernährer beraubten Einwohner, die Lebensmittelbeschaffung usw. beraten kann.¹³¹ In der Gemeinderatsversammlung am 6. August im kleinen Saal der Tonhalle berichtete Gemeindammann Eduard Scherrer über die verschiedenen Massnahmen, welche die Stadtverwaltung als Reaktion auf die Mobilisierung eingeleitet hatte und welche in den folgenden Kriegsmonaten weiter vorangetrieben werden sollten. Dazu gehörten die ortspolizeiliche Neuorganisation, die Reorganisation der städtischen Verwaltung, die Sicherung der Lebensmittelversorgung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der armen Bevölkerung.

Grossen Wert legte der Stadtrat in dieser ersten Debatte darauf, dass «die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln» gesichert sei und dass zur Unterstützung der Wehrmannsfamilien ein besonderes Büro eingerichtet werde. Die finanzielle Situation der Stadtgemeinde sei nicht beunruhigend: «In erster Linie möge es sich die Bürgerschaft zur Pflicht machen, auch die Steuern zu bezahlen, damit hinwiederum die Gemeinde ihren Pflichten nachkommen kann. Eingegangen sind bis jetzt erst 600 000 Franken, 300 000 Franken stehen noch aus.¹³² Der orientierende Bericht des Stadtrates und die entsprechenden Kredite wurden einstimmig genehmigt.

«Der Betrieb der Trambahn am Morgen und am Abend wird verkürzt»

Die Mobilmachung betraf in hohem Mass auch die Stadtverwaltung. Wie der Stadtrat berichtete, wurden anfangs August von 307 Angestellten 179 und von 420 Arbeitern rund 200 einberufen. Zugleich hatte sich das städtische Feuerwehrkorps von 366 auf 118 Mann reduziert.¹³³ Während das Feuerwehrkorps durch «Ehemalige» rasch aufgefüllt werden konnte, blieb der Bestand des städtischen Personals reduziert. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen stieg, verzichtete der Stadtrat auf die Einstellung von

Hilfskräften. Stattdessen wurden die staatlichen Leistungen, vorab bei den Strassenspritzen und bei der Kehr-richtabfuhr, stark eingeschränkt.¹³⁵ Eine Reihe städtischer Einrichtungen – so etwa die Museen oder das Kirchhoferhaus – schlossen vorübergehend ihre Tore.¹³⁶ Gleichzeitig musste die städtische Trambahn «ihre Wagenfolge auf der Strecke Lachen-Bruggen» von einem 10- auf einen 12-Minutentakt erhöhen und Ende August verminderte der Stadtrat zusätzlich die Betriebszeit der Trambahn am Morgen und am Abend. Im übergeordneten Schienennetz der Bundesbahnen galt ab dem 10. August ein Kriegsfahrplan, der eine Bahnfahrt nach Zürich auf fünf, eine nach Bern auf neun Stunden verlängerte.¹³⁷

Ähnliche Einschränkungen staatlicher Tätigkeiten trafen die Aussengemeinden. Die Gemeinderatskanzlei Straubenzell öffnete nur noch dienstags, donnerstags und samstags von 4 bis 5 Uhr.¹³⁸ Keine Beeinträchtigungen gab es im Unterschied zu anderen Gemeinden wie z. B. Rapperswil für die städtischen Schulen. Am Montag, 24. August wurde der Unterricht nach den Sommerferien mit Änderungen im Stundenplan und einigen Hilfskräften in vollem Umfange aufgenommen. Die Begrenzungen blieben bis Ende September, dann entschärft der Beschluss des Bundesrates, grössere Teile der Armee unter Pikettstellung zu entlassen, das Personalproblem der städtischen Verwaltungen.¹³⁹

Angesichts der Mobilisierung der Armeeangehörigen, aber auch angesichts der allgemeinen, von wilden Gerüchten begleiteten Unruhe und der sich «da und dort» zeigenden «vielen zweifelhaften Elementen», die als Bedrohung der Sicherheit und der Eigentumsordnung wahrgenommen wurden, beschlossen die drei städtischen Gemeinden am 4. August die Aufstellung einer freiwilligen Bürgerwehr. Eine Woche später empfahl die St. Galler Regierung in einem Kreisschreiben allen Gemeinden, zur Verstärkung der Polizeigewalt und unter ihrer Leitung eine einheitlich gekennzeichnete und bewaffnete Bürger-

129 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 193 (20. August).

130 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 193 (20. August): Ein Unfug; Nr. 198 (26. August), Korrigenda.

131 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August).

132 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

133 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August), Morgenblatt: Gemeinderat der Stadt St. Gallen.

134 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

135 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August): Trambahn; Nr. 181 (6. August): Feuerwehr.

136 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August).

137 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 185 (11. August); Nr. 186 (12. August).

138 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August).

139 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 220 (22. September), Abendblatt.

wehr zu schaffen. Gut beleumdeten Schweizerbürger, «die mit der Ordonanzwaffe vertraut sind», sollten sich am Mittwoch, 5. August und am Donnerstag, 6. August, auf dem Bezirksamt melden.¹⁴⁰ Ab Montag, dem 10. August wurde die Bürgerwehr in der Stadt vorläufig in der Stärke von 150 Mann aufgeboten. Ihre Leitung oblag dem Polizeikommandanten. Drei von Offizieren geführte, mit grünen Armbinden gekennzeichnete und mit Gewehren ausgerüstete Gruppen übernahmen nachts in einem dreitägigen Rhythmus Patrouillendienste. Der Dienst galt als unbezahlter Ehrendienst.¹⁴¹ In der Gemeinde Tablat wurden ständig besetzte und mit Telefon erreichbare Wachtposten in St. Georgen, im Neudorf, an der Langgasse und in Rotmonten eingerichtet.¹⁴²

Der Dienst in den Bürgerwehren dauerte bis Ende September 1914, als aufgrund der militärischen Lage für die Grenzbesetzung ein Ablösungsdienst eingerichtet und grössere Teile der Armee entlassen wurden. Der Gemeinderat von Straubenzell beschloss am 21. September die Bürgerwehr zu sistieren, da nach Rückkehr von Landwehr- und Landsturmtruppen keine Notwendigkeit mehr bestehe. «Sodann haben in zweiter Linie auch finanzielle Gründe mitgewirkt.»¹⁴³

«Ausser Brot sind auch Mais, Hafer, Reis, Gerste, Teigwaren, Salz äusserst sparsam zu verwenden»

Der Ansturm auf die Lebensmittelgeschäfte vor Kriegsbeginn zeigte deutlich die Ängste der Bevölkerung vor einer unzureichenden Versorgung. Die St. Galler Regierung beschloss deshalb in ihren Verhandlungen am 5. August, eine Konferenz zur Besprechung «zweckdienlicher Massnahmen» unter dem Vorsitz des freisinnigen Regierungsrates Gottlieb Baumgartner (1873–1948) einzuberufen, an der Vertreter der kantonalen und städtischen Behörden, der Importeure, der Grossverteiler und der Detaillisten

teilnehmen sollten.¹⁴⁴ Aufgrund der Beratungen wollte die Regierung beim Bund vorstellig werden, um gemeinsame Massnahmen für eine Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und Brennmaterial zu erreichen. Außerdem forderte man die Lebensmittelhändler auf, für eine möglichst gerechte Verteilung zu sorgen. «Von bestimmten regierungsrätlichen Vorschriften» sollte «einstweilen Umgang genommen werden, bis ein ‹gemeinsames und gleichartiges Vorgehen mit anderen Kantonen gesichert ist.»¹⁴⁵

Eine Woche später folgte in Verbindung mit entsprechenden Beschlüssen des Bundesrates ein Kreisschreiben an die Gemeinden, das die weitere Politik im Versorgungsreich festlegte. Als Sparmassnahme sollte nur noch Schwarzbrot gebacken werden. Mais, Hafer, Reis, Gerste, Teigwaren und Salz waren kiloweise an die Kundschaft abzugeben. Milch und Käse, die dem bundesrätlichen Ausfuhrverbot unterlagen, empfahl die Regierung als Ersatz für Fleisch und die guten Ernten bei Obst und Kartoffeln sollten eine ausreichende Versorgung ermöglichen. Die Regierung erklärte zudem «grössere Anhäufungen von Kohlen und Lebensmitteln in privaten Haushalten als ‹unstatthaft› und behielt sich vor, nötigenfalls übermässige private Vorräte für die Allgemeinheit zu requirieren. Jede ‹ungebührliche Preissteigerung› sollte – gestützt auf das Polizeigesetz von 1808 – mit einer Busse von bis zu 150 Franken bestraft werden.¹⁴⁶

In Verbindung mit den Massnahmen des Bundes folgte eine Woche später ein zweites Kreisschreiben der Regierung, das die Gemeinden aufforderte, die vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln zu erfassen, um allenfalls den Preis für einzelne Nahrungsmittel festzulegen. Zugleich sollten die Gemeinden melden, wo eine Preisregulierung vorzunehmen war.¹⁴⁷ Weiter musste in jeder Gemeinde ein «landwirtschaftliches Ortskomitee» gebildet werden, das für die Sicherung der Ernte, die Erhebung der vorhandenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Feststellung der zum Schlachten geeigneten Tiere für den Ankauf durch die Militärverwaltung zuständig sein sollte. Die Gemeinden hatten diese Komitees innerhalb einer Woche zu melden.¹⁴⁸

Die eingeleiteten Massnahmen der Regierung, aber vor allem auch die Zusicherung Italiens, den Lebensmitteltransit in die Schweiz zu gewährleisten, beruhigten den Lebensmittelmarkt bis Mitte August. Die Milch- und Getreidepreise waren anfangs August aufgrund der unsicheren Lage zwar gestiegen, zu weiteren Preissteigerungen kam es aber nicht. Auch die Liefer Schwierigkeiten beim Brot und bei anderen Lebensmitteln als Folge abwesender Arbeitskräfte nahmen nach Mitte August ab.¹⁴⁹ Deshalb kam es auch nicht zu gezielten Massnahmen für einen Mehranbau in der Landwirtschaft. Die Regierung sprach

140 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 181 (6. August), *Morgenblatt*.

141 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August).

142 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 188 (14. August).

143 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 223 (22. September), *Erstes Blatt; St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 219 (17. September), *Morgenblatt; Heimkehr der Landwehr*.

144 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 181 (6. August).

145 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

146 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 185 (11. August); *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 203 (2. September), *Morgenblatt, Kreisschreiben*.

147 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 190 (17. August).

148 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August); *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 210 (7. September), *Abendblatt, Inserat Gemeinde Straubenzell, Landwirtschaftliche Ortskomitee*.

149 *Volksstimme*, 10. Jg. (1914), Nr. 180 (5. August), *Inserate Mühlen Ostschweiz*.

Straubenzell. **Militär-Unterstützungen.**

Die Fälle betr. Notunterstützung von Familien während des Militärdienstes werden wie bisher auf der **Gemeinderatskanzlei** (Postgebäude, II. Stock, Zimmer Nr. 10) erledigt.

Für diesen Zweck ist das betr. Bureau an Werktagen täglich

nur noch von 2-4 Uhr nachmittags

geöffnet, was anmit zur Kenntnis gebracht wird. [35380]

Bruggen, den 12. August 1914.

Auftragsgemäß: Die Gemeinderatskanzlei.

Hinweis auf die Auszahlung von «Militär-Unterstützungen» in der Gemeinde Straubenzell. Quelle: St. Galler Tablatt, 71. Jg. (1914), Nr. 190 (14. August, Abendblatt).

in ihrem Amtsbericht für das Jahr 1914 lediglich davon, dass durch kulturtechnische Massnahmen der Getreide- und Kartoffelbau erheblich ausgedehnt werden könnten.¹⁵⁰

Die generelle Versorgung war gesichert, wie auch das grosse Kaufhaus von Julius Brann an der Multergasse seinen Kunden versprach.¹⁵¹ Die zu Beginn des Krieges eingeleiteten Lenkungsmassnahmen schienen nicht mehr nötig und verliefen weitgehend im Sand.¹⁵² Anders sah die Ernährungslage für die grösser werdende Zahl von Arbeitslosen und Unterstützungsbedürftigen aus. Hier versuchten Private, Arbeiterorganisationen, Hilfsvereine und Firmen eine ausreichende Versorgung durch die Einrichtung von günstigen Speiseangeboten zu sichern. Diese Institutionen waren Ausdruck einer allgemeinen Hilfsbereitschaft, zeigten aber auch die wachsende Bedürftigkeit breiterer Bevölkerungsschichten.

Neben den schon bestehenden Angeboten in der Volksküche, der Herberge zur Heimat und der Kaffeestube an der Goliathgasse richtete der Unternehmer E. Schläpfer-Siegfried in seiner Fabrik in St. Fiden eine Volksküche ein, wo er Fleischsuppe mit Klössen sowie Gulasch zu billigen Preisen abgab.¹⁵³ Ende August eröffnete der Arbeiterbildungsverein im Vereinshaus eine Suppenanstalt, die einen Liter Suppe für 15 Rappen und einen Liter Suppe mit Wurst für 35 Rappen verkaufte. Die Einrichtung erhielt von Beginn weg einen grossen Zulauf: «Frauen und Kinder holen in Menge mittags in Kesseln und anderen Geschirren die Suppe ab.» Einen Volksküchenbetrieb richtete schliesslich auch die Nahrungsmittelkommission der Gemeinde Straubenzell von halb zwölf bis zwölf Uhr bei den Metzgern in Lachen, Bruggen und Vonwil ein. Bons für Gratissuppe konnten bei den Vertretern des freiwilligen Hilfsvereins bezogen werden.¹⁵⁴

Neben diesen improvisierten Hilfeleistungen von Privatpersonen und Vereinen richteten auch die städtischen Behörden eine erste Nahrungsmittelhilfe ein. Sie reagierten

dabei nicht zuletzt auf Forderungen der Arbeitervereine. Als die gross-st. gallische Gemeinde durch Zufall Ende August drei Wagen Kartoffeln kaufen konnte, wurde ein Teil für Unterstützungswecke reserviert und ein Teil zum Selbstkostenpreis in städtischen Verkaufslokalen, z. B. im Bauhof an der Schochengasse, abgegeben. Beim schlecht vorbereiteten und ungenügend organisierten Verkauf setzte es ein furchtbares Gedränge ab, in dem namentlich älteren Frauen und Kindern trotz der lobenswerten Bemühungen zweier Polizisten übel mitgespielt wurde. Manche warteten stundenlang, bis sie an die Reihe kamen und schliesslich statt der erhofften 25 kg nur 5 kg Kartoffeln kaufen konnten.¹⁵⁵

«So oft ist diese Notunterstützung als Perle der Militärorganisation bezeichnet worden»

Nachdem die Mobilisation vorbei war, galt es für die Behörden, sich um die wirtschaftlichen Sorgen der zurückgebliebenen Familien zu kümmern. Gemäss bundesrätlicher Verordnung vom 21. Januar 1910, die sich aus der 1907 nach heftigem Abstimmungskampf angenommen Militärordnung ergab, verpflichtete der Bund die Gemeinden für die ganze Dauer des Militärdienstes, eine Notunterstützung an die bedürftigen Angehörigen von Wehrpflichtigen zu entrichten. Als Grundsatz galt, dass die Unterstützung den Tagesverdienst des Wehrmanns abzüglich eines Anteils für die Verpflegung nicht übersteigen durfte. Als Höchstsätze pro Tag legte die Verordnung für städtische Verhältnisse die Auszahlung von zwei Franken für die Ehefrau und 70 Rappen für ein Kind fest.

Da die Behörden für den Kriegsfall in keiner Weise vorbereitet waren und man das Ausmass der Unterstützungszahlungen fürchtete, ermahnte das St. Galler Justiz- und Militärdepartement die Gemeinden in einem Kreisschreiben am 6. August, die Unterstützungen vorerst auf das «Allernotwendigste» zu beschränken und nicht den vollen Betrag auszuzahlen. Dies auch deshalb, weil der Bundes-

150 Amtsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons St. Gallen 1914, St. Gallen 1915, S. 29.

151 St. Galler Stadt-Anzeiger, 31. Jg. (1914), Nr. 184 (9. August), Zweites Blatt.

152 Vgl. für die Politik des Bundes: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 3, Basel/Frankfurt am Main 1983, S. 132.

153 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August); 14. August 1914, Nr. 188.

154 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 198 (26. August); Nr. 205 (3. September); Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 198 (27. August), Abendblatt: Militärische Notunterstützung; St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 209 (5. September), Morgenblatt, Inserat.

155 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 194 (21. August); Nr. 195 (23. August); St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 219 (10. September), Morgenblatt: Kartoffelverkauf Straubenzell.

rat noch nicht über die Höhe der Unterstützungen entschieden habe. Dieses Vorgehen kritisierte die Linke harsch: »So oft ist diese Notunterstützung als Perle der Militärorganisation bezeichnet worden. Jetzt hat man Gelegenheit, sie wirklich zu einer Perle zu gestalten, indem die in derselben vorgesehenen ausreichende Unterstützung verabfolgt.«¹⁵⁶

Der Stadtrat sicherte am gleichen Tag, an dem das regierungsrätliche Kreisschreiben publiziert wurde, zu, dass er in den Räumen der Hochbauverwaltung ein dem städtischen Armenwesen unterstelltes Büro einrichten werde, um die »Notstandsgesuche zu bearbeiten«.¹⁵⁷ Die Gesuche mussten dann aber nicht bei der Bauverwaltung, sondern persönlich in der Finanzverwaltung im dritten Stocke des Rathauses eingereicht werden.¹⁵⁸ Eine Woche später berichtete der Stadtrat in der Sitzung der Zentralarmenkommission über die bisher unternommenen Schritte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich 214 Familien mit rund 500 Kindern gemeldet. Nach dem inzwischen erfolgten Entscheid des Bundesrates und der Aufforderung der St. Galler Regierung sollte nach genauer Prüfung jedes Gesuches der ganze in der Verordnung vorgesehene Betrag entrichtet werden. Zugleich betonte Stadtrat Hermann Scherrer, dass eingerückte Wehrmänner mit einem Tageslohn von mehr als 6 Franken nichts erhalten sollten, »denn mit einem solchen Lohn müsste man etwas ersparen können«.¹⁵⁹

Am Montag, 17. August, also zwei Wochen nach dem Truppenaufgebot, konnte die Notunterstützung erstmals im Rathaus zwischen vier und sechs Uhr im Sitzungssaal Parterre persönlich abgeholt werden. Der Stadtrat hatte

festgelegt, dass als Unterstützung Gutscheine für Essen zu 60, 30 und 20 Rappen abgegeben werden, welche in der Volksküche, der Herberge zur Heimat und in der Kaffeehalle der Hilfsgesellschaft an der Goliathgasse eingetauscht werden konnten. »Mit der Zuweisung der Bedürftigen an diese Anstalten« wollte man bewusst auch die bestehenden Einrichtungen unterstützen.¹⁶⁰

Obwohl in der städtischen Bekanntmachung vom 11. August ausdrücklich festgehalten worden war, dass »solche Unterstützungen nicht als Armenunterstützung angesehen werden« dürften, folgte das angewendete System exakt der herkömmlichen Vorgehensweise in der Armenpflege. In der Woche nach der ersten Abgabe einigten sich die Vertreter der drei Gemeinden St. Gallen, Straubenzell und Tablat auf das fortan gültige definitive Vorgehen: 70 Prozent der Unterstützung sollte in Gutscheinen für Nahrungsmittel und 30 Prozent in Gutscheinen für Mietzinsen entrichtet werden, nachdem sich die städtischen Lebensmittelgeschäfte und Milchlieferanten zur Entgegennahme der Gutscheine bereit erklärt hatten.¹⁶¹ Die Gutscheine konnten die Geschäfte und Institutionen jeweils am 1. und 2. bzw. am 15. und 16. eines Monats beim Kassieramt der betreffenden Gemeinde einlösen.¹⁶² Für die Bezüger erfolgte die Auszahlung wöchentlich, in Tablat z. B. im Gemeindehaus St. Fiden für die Familiennamen A bis M am Montag zwischen zwei und sechs Uhr, für N bis Z Dienstagnachmittag von zwei bis sechs Uhr. Dabei wurde in der Ankündigung nachdrücklich betont, dass »nur an diesen beiden Nachmittagen ausbezahlt wird«.¹⁶³

Im Vergleich zu den Landgemeinden organisierte die städtische Verwaltung die Wehrmannsunterstützung zügig und es waren auch keine Klagen darüber zu hören, dass die Beamten die Bezüger schlecht behandelt oder die vorgeschriebenen Beträge nicht entrichtet hätten.¹⁶⁴ Trotzdem war das System restriktiv und wirkte in seiner demütigen Form abschreckend. In einem Brief, den die Volksstimme veröffentlichte, beschwerte sich ein Soldat darüber, dass Personen mit einem Tageslohn über sechs Franken nichts erhielten. Als Vater von drei Kindern habe er mit seinem Jahreslohn von 2100 Franken nichts sparen können, er werde gezwungen sein, armengenössig zu werden.¹⁶⁵ Sarkastisch fragte eine Arbeiterfrau im Auftrag mehrerer Wehrmännerfrauen: »Ist es Frauen und Kindern der im Felde stehenden Wehrmänner erlaubt, barfuss bis an den Hals zu gehen, seit wir das zweifelhafte Vergnügen haben, vom Staate unterstützt zu werden, und es dank der famosen Einrichtung der Gutscheine für Lebensmittel und Mietzins nicht mehr dazu langt, ein notwendiges Kleidungsstück oder Schuhe anzuschaffen?« Auf diesen Vorwurf hin ermunterte die Redaktion die Frauen zu einem Gesuch bei den Amtsstellen.¹⁶⁶ Als Abhilfe richtete die Zentralstelle der Frauenvereine im Herbst 1914 im Brockenhaus an der Kugelgasse eine Kleiderabgabestelle ein.¹⁶⁷

156 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

157 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August), Morgenblatt: Gemeinderat der Stadt St. Gallen.

158 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

159 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August): Hilfe für die Notleidenden.

160 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August); Nr. 189 (15. August).

161 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 195 (22. August).

162 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 199 (27. August).

163 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 200 (28. August).

164 Entsprechende Vorwürfe an die Landgemeinden gab es in der Volksstimme, denen die Ostschweiz widersprach: Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 200 (29. August), Morgenblatt: Die beiden Seiten; zu den Klagen vgl. Amtsbericht (wie Anm. 150), S. 169: Dort wird festgestellt, dass die Klagen auf Missverständnisse und Unverschämtheiten zurückzuführen seien.

165 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 196 (24. August).

166 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 204 (2. September).

167 Adank, Heinrich: Die Notstandsfürsorge von Gross-St. Gallen. Ihre Entstehung, Organisation und Tätigkeit, St. Gallen 1915, S. 18.

Mochte die Volksstimme auch noch betonen, dass jetzt «eine einzige, grosse Volkssolidarität davon Zeugnis ablegen» muss, dass wir wirklich ein Volk von Brüdern und Schwestern bilden und in Not und Gefahr einander zu helfen bereit sind,¹⁶⁸ in Tat und Wahrheit war die an der Bedürftigkeit orientierte, an demütigende Bedingungen geknüpfte minimale Hilfe von Beginn weg zum Scheitern verurteilt. Sie konnte nur solange funktionieren, als die patriotische Bereitschaft zu Opfern bestand, solange die Aussicht auf ein baldiges Ende des Krieges vorherrschte und solange keine massiven Verknappungsprobleme eintraten. Dies alles war im Herbst 1914 der Fall, aber unterschwellig machte sich bereits jetzt wachsende Erbitterung breit.¹⁶⁹

«Wir Frauen müssen in solchen Zeiten die Fahne der Nächstenliebe hochhalten»

In seinem Bericht an den Gemeinderat hatte Gemeindammann Scherrer ausdrücklich die Mithilfe der Frauenorganisationen gelobt. Am 2. August war ein «Aufruf an unsere Frauen und Töchter» erfolgt, eine freiwillige Hilfsorganisation schaffen. Bei Interesse sollten sich die Frauen im Büro für Kinder- und Frauenschutz hinter dem Regierungsgebäude melden.¹⁷⁰ Einen Tag später folgte der Aufruf des Bundes schweizerischer Frauenvereine, der forderte, «in solchen Zeiten die Fahne der Nächstenliebe hochzuhalten».¹⁷¹ Nach diesem Aufruf entstand, angeführt von der engagierten Ärztin und Gründerin des Säuglingsheims Frida Imboden-Kaiser (1877–1962), die «Zentralstelle für Frauenhilfe», welche am Samstag, dem 8. August, ihr Arbeitsfeld darlegte und die weitere Tätigkeit organisierte. Der Zentralstelle gehörten eine stattliche Anzahl Vertreterinnen von Vereinen aus der Stadt, aus Tablat und aus Straubenzell sowie alle weiblichen Hilfsvereine von Gross-St. Gallen an. Das Programm sah vor, die Arbeit in zwei Hauptgebiete aufzuteilen, nämlich Volksernährung und Wäsche für die Soldaten. Für die Verbesserung der Ernährungssituation wollte man mit den bestehenden Institutionen wie Volksküche und städtische Hilfsgesellschaft zusammenarbeiten, für die Versorgung der Wehrmänner mit Wäsche und Socken wurde eine eigene Kommission geschaffen. Für freiwillige Hilfsarbeiterinnen hatten sich bereits 213 Frauen und Mädchen gemeldet.¹⁷² Als erste konkrete Massnahme erliess die Zentrale Frauenhilfe einen Aufruf an die städtische Bevölkerung, zur Linderung der Not Kinder aus armen Familien an den Tisch zu nehmen.¹⁷³ In der Folge organisierte man die Sammlung von Wäsche für die Wehrmänner, eröffnete zwei Arbeitsstätten für Nähen und Stricken und richtete eine Kleiderabgabestelle für Notunterstützte ein.¹⁷⁴

Während sich die bürgerlichen Frauen sozial engagierten, waren die christlich-sozialen und sozialdemokratischen



Im Marthahaus St. Gallen, das als Pensionsheim junge Frauen vor einem Fehlritt bewahren wollte, war zugleich die städtische Arbeitsvermittlung untergebracht, welche den arbeitslos gewordenen Frauen neue Stellen zu vermitteln suchte.

Arbeiterinnenvereine ausgeprägt darum bemüht, die weibliche Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die aufgrund der städtischen Wirtschaftsstruktur seit Kriegsbeginn zunahm. Nach ersten Zusammenkünften im August organisierte die Arbeiterunion mit dem Arbeiterinnenverein Mitte September im Vereinshaus eine Versammlung, an der über 170 Frauen teilnahmen. In der einstimmig angenommenen Resolution sprachen sie die Erwartung aus, dass die Stickereiindustriellen nach besten Kräften für Arbeit besorgt sein würden. Ausschneide- und Nachstickware sollte vor allem den «armen bedrängten Heimarbeiterrinnen» übergeben und nicht im Betrieb verarbeitet werden. An die Dienstherrschaften richtete die Versammlung die Bitte, die Dienstboten nicht zu entlassen und weiterhin Wäscherinnen und Putzertinnen arbeiten zu lassen. «Die Wohlhabenden sollen die Sparsamkeit nicht soweit treiben, dass sie den bisher Beschäftigten den

168 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 202 (31. August).

169 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 206 (4. September).

170 Volksstimme 2 August 1914, Extra-Ausgabe.

171 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 178 (3. August).

172 St. Galler Geschichte (wie Anm. 8), Bd. 6, S. 13; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 186 (12. August).

173 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 185 (11. August): Nehmt Kinder an euren Tisch!

174 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 223 (25. September), Abendblatt: Zentrale Frauenhilfe; Adank (wie Anm. 167), S. 18.

Zentralstelle der Frauenhilfe.

Gruppe Soldaten-Wäsche.

Anmeldungen für freiwillige Anfertigung von Hemden, Unterhosen und Socken werden entgegengenommen:

Samstag, den 15. August, von 9—12 und 1—5 Uhr

Montag, den 17. August, von 9—12 und 1—5 Uhr

im Bureau der Frauenarbeitschule, 2. Stock.

Daselbst können Schnittmuster, Anleitung zur Ausführung der Socken und Wäsche sowie zugeschnittene Unterkleider zum Selbstkostenpreis oder gratis bezogen werden. Gaben in bar, Stoff und Wolle sind herzlich willkommen. 35475

Telephonische Anmeldungen zu den gleichen Stunden an **Nr. 21.11.** Für bezahlte Arbeit wolle man sich an das städtische Arbeitsamt im Marthahaus wenden.

Aufruf der Zentralstelle der Frauenhilfe St. Gallen zur freiwilligen Anfertigung von Soldatenwäsche.

Quelle: St. Galler Tagblatt, 71. Jg. (1914), Nr. 190 (14. August, Abendblatt).

Verdienst entziehen.¹⁷⁵ Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der nationalen Stimmung hofften die Arbeiterinnen auf Hilfe durch die vermögenden Kreise, die sich in den Hilfs- und Frauenvereinen auch zeigte. Die bittende Haltung musste spätestens dann versagen, wenn sich die wirtschaftlichen Probleme als Folge langer Kriegsdauer weiter verschärften.

«Am meisten leiden die unteren Stände, welche von der Hand in den Mund leben»

Die Kriegsereignisse brachten für die Stickereiexporteure und -fabrikanten in Gross-St. Gallen erhebliche Absatzprobleme.¹⁷⁶ Schon kurz nach Kriegsbeginn schlossen eine Reihe von Betrieben ihre Tore, andere reduzierten die Produktion. «Die Entlassungen in Stickereibetrieben mehren sich unheimlich», berichtete die Volksstimme am 31. Juli.¹⁷⁷ Dieser Meldung folgten jeden Tag neue Angaben zu Geschäftsschliessungen. Entgegen den vielen Ent-

lassungsmeldungen verkündete die Generalversammlung der Schweizerischen Stickereiexporteure vom 5. August, dass von einer allgemeinen Schliessung der Betriebe abgesehen werde, dass es aber jedem Mitglied überlassen bleibe, mit dem Personal über eine Reduktion des Lohns zu verhandeln. Die Kaufmannschaft versprach, ihren Angestellten und Arbeitern und ihren Familien weitgehend entgegen zu kommen, in der Erwartung, dass dann beim Eintritt normaler Zeiten das Personal seine Pflichten mit neuem Eifer erfüllen werde.¹⁷⁸

Trotzdem gab es weitere Betriebsschliessungen. Mitte August meldete das städtische Arbeitsamt 1250 Arbeitslose, Ende August deren 1600 (ca. 8 Prozent der Erwerbstätigen), und dies obwohl die Abreise der vielen ausländischen Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt entlastet hatte.¹⁷⁹ Ein vom Arbeitsamt und den kantonalen Stellen vorgeschlagener Einsatz von Arbeitslosen in der Landwirtschaft erwies sich wegen fehlender Nachfrage der Bauern als vollkommen untauglich. Nur gerade 10 Personen aus der Stadt konnten vermittelt werden.¹⁸⁰

Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen organisierte die Arbeiterunion auf Donnerstag, 28. August eine Versammlung, an der sich auch der «Zeichnerverband, das christlich-soziale Kartell und der Freie Arbeiterverband» beteiligten. Über 1000 Personen kamen im Schützengarten zusammen, um über die Notlage und allfällige Massnahmen zu diskutieren.¹⁸¹ «Am meisten leiden die unteren Stände, welche von der Hand in den Mund leben», so begann der sozialdemokratische Arbeitersekretär seine Ausführungen.¹⁸² Aber im Sinne nationaler Versöhnung

175 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 214 (14. September); St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 223 (22. September), Morgenblatt: Eine Frauenversammlung.

176 Chronik des Textilunternehmens Mettler & Co. A.G. St. Gallen 1745—1945, St. Gallen 1945, S. 59 f.; Amtsbericht (wie Anm. 150), S. 30.

177 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 176 (31. Juli).

178 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 182 (7. August).

179 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August).

180 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 185 (11. August).

181 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 197 (26. August), Morgenblatt: Öffentliche Versammlung, Inserat.

betonte er, dass sich «ein grosser Zug werktätiger Bruderliebe» durch «das ganze Schweizerland geltend» mache, nach dem alten Schweizer Wahlspruch «Einer für alle alle für einen.» Zwar gebe es viele Erscheinungen, welche nicht ins Bild der Volkssolidarität passten, wenn aber alle zusammenarbeiteten, könne die Krise bewältigt werden.

Der Tendenz zum gemeinsamen Handeln über die Klassengrenzen hinweg schloss sich darauf Konsul Steiger als Vertreter der Stickerei an, der versicherte, dass die Fabrikanten den Arbeitern grösstes Entgegenkommen zeigen wollten. Als sich ein weiterer Fabrikant mit markigen Worten gegen Vorwürfe an die Unternehmer zur Wehr setzte, gab es Pfiffe, Zischen und Unruhe im Saal. Arbeitsekretär Koch sorgte aber für Ruhe und liess es nicht zur Konfrontation kommen. Die Aussage des evangelischen Stadtpfarrers Hauri, dass es in der jetzigen Zeit keine Standes- und Klassenunterschiede mehr gebe, fand im Saal breiten Anklang. Einstimmig verabschiedete die Versammlung die von Redaktor Ernst Nobs vorgeschlagene Resolution, welche günstigere Lebensmittelpreise, Notstandsarbeiten und ein Entgegenkommen der Industriellen erwartete.¹⁸³ Zwei Wochen später folgte im Frohsinnsaal eine ähnliche Versammlung der Kaufmännischen Angestellten, die in einer Resolution ebenfalls die dringende Bitte an die Firmen richtete, die Angestellten ganz oder teilweise weiter zu beschäftigen.¹⁸⁴

Um die Beschäftigungslage zu verbessern, forderten die Arbeitervertreter seit Mitte August Notstandsarbeiten. Der Stadtrat leitete darauf einige Notstandsarbeiten ein, so die Korrektion der St. Georgenstrasse und Arbeiten an der Doppelstrasse der Trambahn Schönenwegen–Lachen.¹⁸⁵ Auch die St. Galler Regierung versprach anfangs September nach einem Treffen von Arbeitsekretär Koch und Gewerbevertretern mit den Regierungsräten Hauser und Baumgartner für ca. 120 000 Franken Bauarbeiten im Asyl Wil, im Lehrerseminar und im Kantonsspital in Auftrag zu geben, betonte aber zugleich die schwierige finanzielle Lage des Kantons.¹⁸⁶

Insgesamt gab es bis in den Herbst hinein das Bestreben, über alle Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Die Linke kritisierte zwar immer wieder Missstände, unsolidarisches Verhalten oder die «Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Volkssolidarität»¹⁸⁷, hauptsächlich versuchte sie aber die wirtschaftliche Not der ärmeren Bevölkerung zu lindern. Sie reagierte deshalb äusserst beleidigt, wenn ihr der freisinnige «Freie Arbeiterverband» politisch einseitige Tätigkeit vorwarf oder wenn sie entgegen ihrem vaterländischen Dienst weiter als «vaterlandslos» beschimpft wurde.¹⁸⁸ In der alltäglichen Arbeit im städtischen Umfeld war die Annäherung der politischen Lager sichtbar, die ideologisch verkündete nationale Gemeinschaft wurde in den ersten zwei Kriegsmonaten

naten tatsächlich gelebt. Geradezu beispielhaft zeigte sich dies in den Fragen der Mietzinszahlungen.

Nachdem sich zunehmend Schwierigkeiten bei den Mietverhältnissen zeigten, erhob die Volksstimme Ende August 1914 erstmals die Forderung nach einem Eingreifen der Behörden. Es seien Massnahmen zu treffen, dass die Auslogierten wieder Wohnungen finden könnten und dass die in Not geratenen Mieter geschützt werden: «Und welche Erbitterung bei jener Arbeiterschaft eintreten würde, welche infolge ihres Unvermögens, den Hauszins zu zahlen, zu all ihrer übrigen Not noch auf die Strasse gestellt und ihres Haustrates beraubt würden, kann man sich etwa vorstellen.»¹⁸⁹

Am Samstag, 22. August versammelten sich rund 200 Personen des Mietervereins, darunter neben den Vertretern der Arbeiterunion auch der demokratische Nationalrat Otto Weber, der freisinnige Parteisekretär Jakob Zäch und der spätere konservative Nationalrat Johannes Duft (1883–1957). In einer Resolution machte die «aus Stadt und Umgebung besuchte Versammlung» die Behörden und die gesamte Bevölkerung auf die schwierige Lage aufmerksam, in welche infolge der kritischen Zeitverhältnisse die Mieter aus den wenig- und unbemittelten Volkskreisen geraten sind. Man verlangte eine Stundung der Mietzinse für Bedürftige, weitere Massnahmen zur Linderung der Lage derselben und wählte für Unterhandlungen mit den Behörden, der Haus- und Grundbesitzervereinigung und den Banken eine Kommission aus Redaktor Weber, Parteisekretär Zäch, Advokat Dr. Duft, Arbeitsekretär Koch und dem Präsidenten des Mietervereins.¹⁹⁰ Die Verhandlungen blieben vorerst ohne Ergebnis, zumal der Stadtrat auf eine Eingabe des Mietervereins sehr zurückhaltend antwortete. Er wies darauf hin, dass der Haus- und Grundeigentümerverband die Mitglieder zur Schonung der Mieter aufgerufen habe. Im Übrigen seien die Vorschriften zu Mietzahlungen im Obligationenrecht

182 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 202 (29. August), Morgenblatt: Arbeiterversammlung im Schützengarten.

183 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 200 (28. August); Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 199 (28. August), Abendblatt: Schützengartenversammlung.

184 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 214 (11. September), Morgenblatt: Die Lage der Kaufmännischen Angestellten; Nr. 215 (12. September), Morgenblatt: Zur Schützengartenversammlung.

185 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 202 (29. August).

186 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 205 (3. September); Amtsbericht (wie Anm. 150), S. 30.

187 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 211 (10. September).

188 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 189 (15. August).

189 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 195 (22. August); vgl. auch St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 211 (7. September), Morgenblatt: Eine Rücksichtslosigkeit.

190 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 197 (25. August).

enthalten, auf welche die Kommune keinen Einfluss habe. Eine Stundung von Mietzinsen sei wenig hilfreich, den Mietherrn müsse andere materielle Hilfe zukommen.¹⁹¹

Konkrete Lösungen ergaben sich für die Mieter trotz parteiübergreifenden Engagements vorerst nicht. Das vom Mieterverein eingesetzte Verhandlungskomitee traf sich zwar mit Vertretern der Banken, des Stadtrates und des Haus- und Grundeigentümerverbandes, fasste aber keine Beschlüsse, sondern unterstützte die bereits im Aufbau befindliche Notstandsorganisation, welche bedürftigen Mietherrn unter die Arme greifen könne.¹⁹²

Die Situation in der Mietfrage war beispielhaft für die gesamte Lage nach den ersten zwei Kriegsmonaten. Es gab einen gelebten nationalen Schulterschluss, es gab die Anerkennung der Sozialdemokraten für den Dienst am Vaterland, es gab das Engagement bürgerlicher Kräfte von den Wandervögeln bis zu den Frauenvereinen für soziale Hilfsmassnahmen, es gab einen Ausbau staatlicher Aktivitäten, es gab die Bereitschaft zu einem gewissen sozialen Ausgleich. Diesen Ansätzen stand aber gegenüber, dass sie für die ärmeren Bevölkerungsschichten keine nachhaltige Verbesserung brachten und dass sich die Verarmung fortsetzte. Anfangs September schrieb die Volksstimme: »Es gibt eine Not, bittere Not!«¹⁹³

Diese Massnahmen haben uns davor bewahrt, unnötige Gelder für die Unterstützungsbedürftigen auszugeben

Arbeitslosigkeit, ungenügende Wehrmannsunterstützung, Lohnreduktionen und steigende Lebensmittelpreise ließen die Zahl jener Personen, welche um Hilfe nachsuchten, seit den ersten Augusttagen in die Höhe schnellen. Angesichts der starken Zunahme der Unterstützungsfälle trat am 12. August die mit Vertretern von

Straubenzell und Tablat erweiterte Zentralarmenkommission zusammen, welche beschloss, eine interkommunale Hilfsorganisation für die Bewältigung der Not als Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Kriegszeit zu schaffen. Zugleich sollte die städtische Armenpflege eng mit den verschiedenen Hilfsvereinen zusammenarbeiten und durch die Bündelung der Kräfte eine bessere Armenversorgung erreichen.¹⁹⁴

Um eine möglichst effiziente Organisation zu erreichen, wurde das gesamte Gebiet von Gross-St. Gallen in neun Quartiere aufgeteilt und den jeweiligen Armensekretariaten der Gemeinden zugewiesen. Zugleich beschloss man das sogenannte »Elberfeldersystem« einzuführen, das eine rasche Behandlung der Unterstützungsgebe, vor allem aber eine Vermeidung von Doppelunterstützungen ermöglichte.¹⁹⁵

Die Gesamtleitung wurde der zentralen Notstandskommission unter Leitung von Stadtrat Hermann Scherer übertragen, in dem neben den Vertretern der Aussengemeinden auch die Arbeiterschaft, der Chef des Arbeits- und Wohnungsamtes sowie die katholischen und protestantischen Frauenvereine vertreten waren. Aufgabe der Notstandsfürsorge war es, nur die durch den Krieg direkt verursachten Fürsorgefälle zu bearbeiten. Die reglementarische Militärnotunterstützung, aber auch die eigentlichen Armenfälle wurden durch andere Instanzen verwaltet; zudem war die Berechtigung an eine halbjährige Mindestwohndauer in einer der drei städtischen Gemeinden geknüpft und Ausländer mussten zuerst an die »nationalen Hülfsinstitute« gewiesen werden. Die Prüfung der eingegangenen Gesuche erfolgte durch die Quartierkommissionen, welche anschliessend auch die Unterstützungen verabreichten.¹⁹⁶

Die auf Karteikarten notierten Bezüge erfolgten fast ausnahmslos in Bons, welche in jedem Geschäft Gross-St. Gallens als Zahlungsmittel vorgewiesen werden konnten. Gutscheine für Mieten wurden den Vermietern direkt zugestellt. Die Geschäftsinhaber und Vermieter konnten anschliessend die Bons, die je nach Gemeinde unterschiedliche Farben (Stadt = weiss, Tablat = rot, Straubenzell = grün) aufwiesen, bei den zuständigen Armensekretariaten eingelöst werden, wobei der Konsumverein, der Spezereiverband der Stadt und Umgebung und die Lebensmittelgesellschaft Konkordia Rabatte zwischen fünf und zehn Prozent gewährten. In der Ausführung der Notstandsfürsorge wirkten freiwillige Armenpflegerinnen und Armenpfleger, welche ein Patronat für fünf bis zehn Fälle übernahmen, wobei bei der Zuteilung besonders die konfessionellen Verhältnisse beachtet wurden.

Der Umfang der Unterstützung orientierte sich an der deutschen Militärunterstützung und betrug für eine al-

191 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 207 (5. September); St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 207 (3. September), Morgenblatt/Abendblatt: Mietzinsverpflichtungen.

192 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 215 (12. September), Morgenblatt: Mieterangelegenheiten.

193 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 205 (3. September); zur Realität dieser Not und ihrer sozialen Konsequenzen, z. B. Prostitution: vgl. Herger, Lisbeth/Looser, Heinz: Zwischen Sehnsucht und Schande. Die Geschichte der Anna Maria Boxler 1864–1965, Baden 2012, S. 33–35.

194 Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 178 (3. August): Zusammenkunft des engeren Ausschusses der Zentralarmenkommission; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 187 (13. August): Hilfe für die Notleidenden.

195 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 207 (3. September), Abendblatt: Organisation über die Notstandszeit; Adank (wie Anm. 167), S. 5.

196 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 224 (23. September), Morgenblatt, Die Notstandskommission von Gross-St. Gallen; Adank (wie Anm. 167), S. 10–13.



Der Stadtrat unter Leitung des freisinnigen Eduard Scherrer (1862–1947), der von 1902 bis 1918 als Gemeindammann amtete, stand der Eingabe des Mietervereins zur Stundung von Mietzinsen skeptisch gegenüber. Quelle: <http://www.stelladellasera.ch/images/Scherrer.jpg>.

leinstehende männliche Person 12 Franken pro Woche. Bevor auf die Hilfe gehofft werden konnte, mussten die Sparguthaben ausgeschöpft werden. Von Oktober 1914 bis Mai 1915 betrug der Unterstützungsauflauf der Notstandskasse für Gross-St. Gallen rund 155 000 Franken. Die Mittel für die Unterstützungen stammten aus Beiträgen der politischen Gemeinden, der Hilfsvereine, privater Spender und Rückerstattungen der Heimatgemeinden.¹⁹⁷

Die ehrenamtliche Arbeit in der Betreuung und Kontrolle der Notstandsfälle übernahmen Exponenten des städtischen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums, darunter besonders Pfarrer, Kaufleute und Angestellte. Ihre Aufgabe bestand in der Bearbeitung der Gesuche, in der Erstellung der Berichte zu den einzelnen Fällen und in der Kontrolle der Unterstützten. Dabei galt es nach Vorstellung der Leitung der Notstandskommission «die Scheu vor Einmischung in fremde Angelegenheiten» zu überwinden und «durch öftere Hausbesuche» die «Ordnung am häuslichen Herde der Unterstützten persönlich zu kontrollieren». Die Stadtbehörde betonte, dass diese gute Kontrolle, aber auch die enge Zusammenarbeit von Quartierkommissionen, Armensekretariaten und Polizeiorganen die

Stadt davor bewahrt habe «unnötige Gelder für die Unterstützungsbedürftigen auszugeben».¹⁹⁸

Das stark auf Freiwilligenarbeit beruhende Unterstützungssystem ermöglichte es einerseits in kurzer Zeit, die «bitterste Not» zu lindern und die Kosten für die Gemeinden durch den Rückgriff auf private Spenden niedrig zu halten. Anderseits musste die restriktive Handhabung der Unterstützung spätestens dann zu Unmut und Problemen führen, wenn die von Armut betroffenen Bevölkerungskreise weiter anwuchsen und die Verknappung der Güter zu Preissteigerungen führten, was nach 1916 zunehmend der Fall war. Die Notstandskommission stellte zugleich eine erste gesamtstädtische Behörde dar, in welcher die gesellschaftliche und politische Elite der Stadt über die alten Gemeindegrenzen hinweg zusammenarbeitete. Sie war damit ein wichtiges Feld, in dem die zukünftige Verwaltung der Stadt erfolgreich erprobt werden konnte und trug auf diese Weise zur konfliktfreien Stadtvereinigung nach 1917 bei.¹⁹⁹

«Die beiden Schlachtfronten stehen sich in festen Stellungen gegenüber»

Wie im Aufbau der Notstandsfürsorge sichtbar wurde, legte sich die aufgeregte Situation der ersten Kriegstage bis in den September. Eine Gefährdung der Schweiz war nicht mehr gegeben, im Innern half der Kitt der nationalen Einheit die sozialen Gegensätze zu übertünchen. Eine minimale staatliche Unterstützung war eingerichtet und die Hilfe von verschiedenen Organisationen linderte zusätzliche Not. Interessiert verfolgte man den Verlauf auf den Schlachtfeldern, in der festen Überzeugung, dass der Krieg schon bald zu Ende gehen werde. Der rasche deutsche Vorstoß schien dies nahezulegen. Am 27. August wurden weitere deutsche Siege gemeldet. Vor der Druckerei der Ostschweiz am Oberen Graben drängten sich «Hunderte und Hunderte Personen», welche «die deutschen Erfolge besprachen».²⁰⁰ Am 3. September meldete das St. Galler Tagblatt «Grosser deutscher Sieg über die Franzosen» und die Volksstimme titelte sogar: «Frankreich ist besiegt!»²⁰¹ Der freisinnige Volksfreund war unter dem Titel «Armes Frankreich» der Meinung, dass für Frank-

197 Adank (wie Anm. 167), S. 16.

198 Adank (wie Anm. 167), S. 20; St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 225 (24. September), Abendblatt: Notstandskommission St. Gallen-Tablat-Straubenzell.

199 Adank (wie Anm. 167), S. 22 f.; Ehrenzeller (wie Anm. 3), S. 471 f.

200 Die Ostschweiz, 41. Jg. (1914), Nr. 200 (29. August) Morgenblatt: «Die grossen Ereignisse».

201 St. Galler Tagblatt, 74. Jg. (1914), Nr. 207 (3. September), Morgenblatt; Volksstimme, 10. Jg. (1914), Nr. 205 (3. September).

202 Der Volksfreund, 37. Jg. (1914), Nr. 100 (2. September).



Wochenlang berichtete die St. Galler Presse über die Riesenschlacht an der Marne. Der von der Ostschweiz verkündete Sieg der «Deutschen Weltarmee» erwies sich aber als Falschmeldung. Quelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:French_soldiers_ditch_1914.jpg.

reich ein Art Züchtigung kommen musste, denn in der Republik sei vieles faul gewesen.²⁰²

Dann folgte wochenlang die Berichterstattung über die «Riesenschlacht» an der Marne. Die Sympathien lagen bei Freisinnigen und Konservativen entsprechend der Entwicklung der militärischen Lage bei den Mittelmächten.²⁰³ Am Samstag, 19. September titelte die Ostschweiz: «Grosser Sieg der deutschen Welt-Armee» und verkündete, dass der Sieg «im gewaltigen Ringen in Frankreich den Deutschen zugefallen ist».²⁰⁴ Als dies in Frage gestellt wurde, hielt die Ostschweiz auch am folgenden Montag unter dem Titel «Abwarten, bitte!» an ihrer Einschätzung fest.²⁰⁵ Allerdings zeigte sich bald, dass der deutsche Sieg auf sich warten liess. Klarer in seinem Urteil über das, was wirklich bevorstand, war der demokratische St. Galler Stadt-Anzeiger. Als am 15. September die ersten Meldungen von einer Rückwärtsbewegung des deutschen Heeres an der Marne eintrafen, meinte er, dass «alles das» für «unsere Schweizertruppen im Feld» eine «Verlängerung der Grenzbesetzung und eine Verschärfung derselben» zur Folge haben werde.²⁰⁶ Und vier Tage später konstatierte die gleiche Zeitung: «Die beiden Armeen haben sich durch Feldbefestigungen auf einen hinhaltenden Kampf eingerichtet».²⁰⁷

Die Fronten waren im Stellungskrieg erstarrt, ein rascher Erfolg war für keine Partei sichtbar und zur Haltung des Deutschen Reiches konnte man lesen, «dass das deutsche Volk in dem ihm ruchlos aufgezwungenen Krieg nicht eher die Waffen niederlegen wird, als bis die für seine Zukunft in der Welt erforderlichen Sicherheiten erstritten sind».²⁰⁸ Die Folgen, welche die Wende zum Stellungskrieg langfristig haben könnten, wurden den führenden Zeitgenossen in Stadt und Kanton nicht bewusst. Unbe-

irrt hielt die gesellschaftlich-politische Elite mit Blick auf den Krieg von 1870/1871 an der Meinung fest, dass ein rasches Ende der Kampfhandlungen bevorstehe. Als der konservative Nationalrat und Kantonsratspräsident Carl Zurburg (1859–1928) aus Altstätten am 14. September – am Tag, an dem die deutsche Offensive zum Stillstand kam – die ausserordentliche Session des Grossen Rates zu den Notstandsmassnahmen eröffnete, war er der Meinung, dass man «die Hoffnung auf glücklichere Zeiten nicht verlieren» dürfe. Nach dem Krieg werde es «unserem braven Volke» vergönnt sein, sich von «den Schrecken des Schicksalsjahres zu erholen». Für die nahe Zukunft prophezeite er einen wirtschaftlichen Aufschwung, «der in erster Linie den in ihrem Personal- und Materialbestande ungeschwächten Industrienationen zum Vorteil gereichen wird».²⁰⁹ Spätestens im kommenden Jahr 1915 sollte St. Gallen in einem befriedeten Europa wieder einer glänzenden Zukunft entgegen gehen. Die beinahe identische Position vertrat ein Vierteljahr später Kantonsrat Gottlieb Zäch an einer Volkversammlung in Oberriet, als er ein «ungefähres Zukunftsbild» entwarf. Das Kriegsende werde infolge Erschöpfung der Parteien rasch eintreten. Nach



Wie viele Zeitgenossen war auch der Präsident des Grossen Rates Carl Zurburg im September 1914 der Meinung, dass der Krieg nur von kurzer Dauer sein werde und St. Gallen eine ausgezeichnete wirtschaftliche Zukunft bevorstehe. Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/1b/Carl_Zurburg.JPG.

dem Kriege sei ein bedeutender industrieller Aufschwung und eine Periode mit glänzender geschäftlicher Prosperität zu erwarten.²¹⁰ Nichts davon ging für Stadt und Kanton St. Gallen in Erfüllung, im Gegenteil die blauäugige Hoffnung auf ein schnelles Kriegsende verzögerte eine zielgerichtete Anpassung der staatlichen Institutionen an die gewandelten Verhältnisse und mündete in die gesellschaftliche und politische Katastrophe von 1918.

Zusammenfassung

Eine grosse Zahl (ca. 20%) von Einwohnerinnen und Einwohnern, die aus dem Deutschen Reich oder Österreich-Ungarn zugezogen waren, verband die Agglomeration St. Gallen zu Beginn des 20. Jahrhunderts sprachlich und kulturell mit den beiden benachbarten Monarchien. Aus dem gemeinsamen Alltag in Beruf und Freizeit ergab es sich fast selbstverständlich, dass die Ereignisse in den Nachbarländern hohe Wellen warfen und dass sich die Sympathien vieler Stadtbewohner im Sommer 1914 den Mittelmächten zuwandten. Für seine deutschen und österreichischen Freunde und Nachbarn, welche in den Krieg zogen oder von deren Tod auf dem Feld der Ehre man hörte, erhoffte man sich einen guten Ausgang. Aus religiöser Verbundenheit und der gemeinsamen Ablehnung der Moderne erklärt sich die Nähe der katholischen Bevölkerung zum österreichischen Kaiserhaus.

Im Gleichschritt mit den Angehörigen der anderen Nationen erfasste die Stadtbevölkerung eine umfassende und tiefgreifende nationalistische Begeisterung. Die Linke fügte sich nahtlos in die nationale Einheit ein. In ihrer Ausrichtung stellten sich die städtischen Sozialdemokraten betont hinter die Landesverteidigung, auch wenn sie den Krieg grundsätzlich weiterhin ablehnten. Dieser Krieg war eine vorübergehende Erscheinung, eine Prüfung, welche den Durchbruch zu einer sozialistischen Gesellschaft befördern würde.

Freisinnige und Konservative zelebrierten in vielfältiger Weise ihre Liebe zum Vaterland und sahen in der starken Schweizer Armee die Garantin für die nationale Unabhängigkeit. Aus ihrer Sympathie für die Mittelmächte, deren militärische Stärke sie bewunderten, machten beide Parteien keinen Hehl, denn «die Sympathien» sollten sich – wie Carl Zurburg es ausdrückte – je nach Stammeszugehörigkeit und geographischer Lage ausrichten dürfen.²¹¹

Die vielfältigen Aufgaben, welche die Mobilmachung mit sich brachten, führten zu einem ersten gemeinsamen Vorgehen der drei Stadtgemeinden. Die Verwaltungen waren zur Zusammenarbeit gezwungen und in diesem Sinne wurde die Stadtvereinigung eingeübt, bevor sie 1918 Rea-

lität wurde. Die von der patriotischen Begeisterung getragene Bereitschaft zur Zusammenarbeit liess in den ersten Kriegsmonaten auch ein breites öffentliches Engagement der Stadtbevölkerung entstehen, das bestehende soziale, politische und konfessionelle Schranken zu überwinden suchte. In grosser Zahl meldeten sich Freiwillige für die Bürgerwehr, sammelten Frauen und Männer für das Rote Kreuz, arbeiteten bildungsbürgerliche Kreise in der Notstandsaktion mit oder halfen Ehemalige im reduzierten Feuerwehrkorps aus. Besonders aktiv waren die Frauenviere aus unterschiedlichen politischen und konfessionellen Lagern. Es entstand mit ihrer Hilfe eine durchorganisierte Notstandsfürsorge, eine erfolgreiche Wäscheaktion für die Wehrmänner und ein Arbeitsangebot für arbeitslos gewordene Frauen.

Trotz dieses sozialen Aufbruchs breiter bürgerlicher Schichten verschärften Mobilmachung und Krieg die schon bestehenden wirtschaftlichen Probleme der ärmeren Bevölkerungsschichten. Militärdienst, Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen liessen die Zahl der Unterstützten ansteigen, die eine minimale, restriktiv gehandhabte und in einer demütigenden Form verabreichte Unterstützung erhielten. Unter dem Eindruck der allgemein beschworenen nationalen Versöhnung sicherten die bescheidenen Hilfszahlungen und erste Eingriffe ins Wirtschaftsleben vorerst den sozialen Frieden. Unterschwellig zeigten sich aber bereits Ende September 1914 alle Probleme, die zur schweren Krise von 1918 führten: Ein wachsender Unmut über die mangelnde soziale Absicherung in den ärmeren Bevölkerungskreisen, eine Verdrängung des auf den europäischen Schlachtfeldern eingeleiteten Wandels in der Kriegsführung und eine vom Glauben an ein rasches Kriegsende genährte Unfähigkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten zu durchgreifenden staatlichen Reformen.

203 *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 206 (2. September), *Morgenblatt: Am Sedantag*.

204 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 218 (19. September), *Morgenblatt*.

205 *Die Ostschweiz*, 41. Jg. (1914), Nr. 219 (21. September), *Abendblatt*.

206 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 218 (16. September), *Erstes Blatt*.

207 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 223 (23. September), *Erstes Blatt*; *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 228 (28. September), *Abendblatt: Die Schlacht im Westen: «Bewegungsgefechte» seien in «Stellungskämpfe» übergegangen*.

208 *St. Galler Stadt-Anzeiger*, 31. Jg. (1914), Nr. 218 (17. September), *Zweites Blatt*.

209 *Verhandlungen des Grossen Rates des Kts. St. Gallen 1914*, *St. Gallen 1915*, S. 2; *St. Galler Tagblatt*, 74. Jg. (1914), Nr. 217 (15. September), *Morgenblatt, Grosser Rat*.

210 *Der Rheintaler*, 45. Jg. (1914), Nr. 146 (9. Dezember).

211 *Verhandlungen* (wie Anm. 203), S. 3.